

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.13/14 - 60. Jahrgang

3. Juli 2010



Joachim Gauck bei einer Veranstaltung seiner Unterstützer im Radialsystem. Foto: Jänen

Eine Kandidatur, die viel bewegt hat

Über einen Mangel an Respekt und Achtung muss sich Joachim Gauck jedenfalls nicht beklagen. Seine Kandidatur hat viel bewegt. Sein Freiheitsbegriff hat sich als eine gesellschaftliche Klammer über politische Gruppen hinweg erwiesen. Und die von ihm angesprochene Bürgergesellschaft hat ihm mit einer Welle von Sympathie und Unterstützung geantwortet.

Joachim Gauck hat zum Nachdenken über Politik angeregt, er hat Wünsche geweckt. Das hat sich letztlich auch in der Bundesversammlung mit einem vor allem im ersten Wahlgang ehrlichen und nicht taktisch geprägten Ergebnis niedergeschlagen. Joachim Gaucks Kandidatur hat am Wahltag aber auch manche Begrenztheit im politischen Denken deutlich gemacht. Im schwarz-gelben Lager, das die Abstimmung auf eine Machtfrage reduzierte. Sichtbar auch darin, dass nach den ersten beiden Wahlgängen aufgerufen wurde, jetzt auf „Spielchen“ zu verzichten - als ob Stimmen für Joachim Gauck nicht einfach einem überzeugenden Kandidaten geschuldet sein könnten.

Und die Linkspartei hat sich als unfähig erwiesen, gesellschaftliche Mehrheiten jenseits einer reinen Lehre mitzuorganisieren. Mit der von ihr angekündigten Stimmenthaltung war klar, dass Gauck keine Mehrheit mehr finden würde, letztlich hat sie damit auch Wulffs absolute Mehrheit organisiert. **U. Horb** □

Landesparteitag:

„Für eine faire Gesellschaft“

Berliner SPD-Landesparteitag macht Alternativen deutlich

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD sind die Alternativen zur schwarz-gelben Regierungspolitik deutlich geworden: Es geht um Fairness in der Gesellschaft, eine gerechte Lastenverteilung und ein besseres Zusammenleben in einer Solidarischen Stadt.

Mit Anträgen zur Mieterstadt Berlin und zur Bekämpfung der Kinderarmut hat die Berliner SPD auf dem Landesparteitag Beschlüsse gefasst, die den sozialen Zusammenhalt stärken sollen. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller kritisierte scharf die soziale Schifflage, die die schwarz-gelbe Bundesregierung zu verantworten habe. „Wir brauchen selbstverständlich die Vermögenssteuer, wir brauchen eine reformierte Erbschaftssteuer und von Berlin aus wird es eine Initiative geben zur Neuformulierung des Spitzensteuersatzes“, so Müller. Es gehe darum, die Infrastruktur zu finanzieren, die die Menschen brauchen.

Auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sprach sich auf dem Berliner Landesparteitag für eine deutliche Erhöhung des



Klaus Wowereit, Sigmar Gabriel und Michael Müller auf dem SPD-Landesparteitag am vergangenen Wochenende. Foto: Horb

Spitzensteuersatzes aus, der derzeit bei 42 Prozent liegt. Er könne „in Richtung 50 Prozent“ erhöht werden, so Gabriel, aber er sollte dann später einsetzen als bei der jetzigen Grenze von rund 53.000 Euro, die auch ein Industriearbeiter erreichen könne. Gabriel kritisierte das Sparpaket der Bundesregierung, weil es in weiten Teilen aus „Luftbuchungen“ bestehe. Da allerdings, wo es konkret werde, belaste es Arbeitslose, Rentner und Familien. **BS** □

➔ siehe auch Seite 6 - 8

Gipfel der Enttäuschung

Andrea Nahles kritisiert Ergebnisse von Toronto

Als eine „große Enttäuschung“ hat SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles den Ausgang des G20-Gipfels in Kanada bezeichnet. „Diese Gipfel werden immer teurer und immer magerer“, erklärte sie.

Fortschritte habe es weder beim Klimaschutz noch bei den Entwicklungszielen gegeben. Angela Merkel sei ohne abgestimmtes Konzept zu dem Treffen gereist. Zumindest für die Regulierung von Banken und für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer müsse die Kanzlerin nun tätig werden.

Mit Blick auf die Reformen von US-Präsident Barack Obama forderte die SPD-Generalsekretärin die Bundeskanzlerin auf, auch in Deutschland Maßnahmen zur Ban-

regulierung zu ergreifen. Der Nationalstaat sei hier nicht machtlos, sagte Nahles – etwa bei der Begrenzung des Eigenhandels der Banken. Auf europäischer Ebene müsse sich Angela Merkel jetzt für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen. **BS** □

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT NACH DEN
SOMMERFERIEN AM 21. AUGUST.
IHRE REDAKTION

Bildung:

„Bund muss sich beteiligen“

Ärmere Länder bei Schulvergleich im Nachteil

Dort, wo sich soziale Probleme balle, sind durchschnittlich schlechtere Schulleistungen zu verzeichnen. Das zeigt der jüngste Ländervergleich der Schulleistungen. Die finanziell stärkeren Bundesländer schneiden tendenziell besser ab als die armen.

„Es liegt auf der Hand“, so der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz, „dass die Bundesländer zumindest zu einem großen Teil nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, die nötigen Verbesserungen zu erreichen. Insbesondere müssen mehr und hervorragend qualifizierte Pädagogen eine stärkere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Nötig ist eine Offensive zur Ausbildung und Einstellung von Erziehern, Sozialarbeitern und Lehrern, die sich zusätzlich um die Kinder und Jugendlichen kümmern. Das schaffen wir aber nur, wenn alle Bundesländer und der Bund zusammenarbeiten!

Darum muss das Kooperationsverbot endlich aus dem Grundgesetz gestrichen werden.“

Die Werte für Berlin zeigen ein differenziertes Bild: Bei den Kompetenzbereichen Lesen, Zuhören und Orthografie gehört das Land mit den beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Brandenburg zu den Ländern, die deutlich unter dem Mittel erzielter Leistungen liegen. Wie bereits bei PISA-E zeigt sich eine breite Streuung der Berliner Werte und das sich dahinter verborgene hohe Maß an Heterogenität der Berliner Schülerschaft. Am Beispiel der Werte für die Kompetenzen im Fach Deutsch (Lesekompetenz) zeigt sich, dass die besten 10 % der Berliner Schülerinnen und Schüler Werte wie der Spitzenreiter Bayern erreicht, teils sogar darüber liegt. Dagegen fallen die schlechtesten umso deutlicher hinter die Werte der Spitze zurück. **PM** □

Wahlkreise festgelegt

Vorbereitungen für die Wahl im Herbst 2011

Der Senat hat heute die Wahlkreise für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin im Herbst 2011 festgelegt.

Die insgesamt 78 Wahlkreise verteilen sich wie folgt auf die Bezirke (Wahlkreisverbände): Mitte 6 Wahlkreise, Friedrichshain-Kreuzberg 6 Wahlkreise, Pankow 9 Wahlkreise, Charlottenburg-Wilmersdorf 7 Wahlkreise, Spandau 5 Wahlkreise, Steglitz-Zehlendorf 7 Wahlkreise, Tempelhof-Schö-

neberg 8 Wahlkreise, Neukölln 6 Wahlkreise, Treptow-Köpenick 6 Wahlkreise, Marzahn-Hellersdorf 6 Wahlkreise, Lichtenberg 6 Wahlkreise, Reinickendorf 6 Wahlkreise.

Gegenüber der Wahlkreisverteilung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin im Jahr 2006 entfällt auf den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein weiterer Wahlkreis, während der Bezirk Marzahn-Hellersdorf einen Wahlkreis verliert. **PM** □

Kein intelligenter Vorschlag

CDU-Forderung zur Integrationspolitik stößt auf Unverständnis

Entschieden zurückgewiesen hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, Forderungen aus Reihen der Union, einen „Intelligenztest“ für Einwanderer einzuführen.

Erneut mache die Union deutlich, dass sie beim Thema Zuwanderung nichts verstanden habe, sagte Wowereit. „Ein Menschenbild, das den Wert der Menschen für unsere Gesellschaft an fragwürdigen Intelligenztests misst, ist diskriminierend und menschenverachtend. Es wirft ein abschreckendes Licht auf Gedanken einzelner Politiker in Deutschland. Das ist das Gegenteil eines weltoffenen und toleranten Deutschlands. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt solche Vorstöße entschieden ab. Sie steht für eine Kultur der Anerken-

nung. Wir brauchen Einwanderung, um zukünftig erfolgreich sein zu können.“

Auch die Arbeitsgemeinschaft Migration in der SPD Berlin hat die absurde Forderung nach Intelligenztests für Einwanderer des innenpolitischen Sprechers der Berliner CDU, Peter Trapp, verurteilt.

„Durch diesen absurden und menschenverachtenden Vorschlag zeigt die Berliner CDU ihr wahres Gesicht in der Integrationspolitik“, sagte die Vorsitzende der AG Migration, Ülker Radziwill. „Der Vorschlag bestätigt, dass der Union nichts an einem friedlichen und gemeinsamen Miteinander in unserer Gesellschaft liegt. Als AG Migration fragen wir uns nach dieser Aussage seitens Trapp, ob wir nicht viel dringender Intelligenztests für Politiker brauchen.“ **PM** □

POLITIK PERSÖNLICH



Walter Momper auf dem Landesparteitag am vergangenen Wochenende. Foto: Jürgen Jänen

Walter Momper, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses und ehemaliger Regierender Bürgermeister, will im kommenden Jahr nicht erneut für das Abgeordnetenhaus kandidieren. 2006 hatte er seinen Wahlkreis in Reinickendorf direkt gewonnen.

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, ist am vergangenen Wochenende einstimmig in seinem Amt bestätigt worden. „Im Namen der SPD - und auch ganz persönlich - gratuliere ich Kenan Kolat zu seiner Wiederwahl als Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland“, so der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. „Mit großer Leidenschaft und Sachkenntnis setzt sich Kenan Kolat für die Belange unserer türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Kenan Kolat hat in den vergangenen Jahren immer engagiert zu vielen gesellschaftlichen Fragen Stellung genommen. Er hat die Türkische Gemeinde in Deutschland zu einem wichtigen Sprachrohr in Fragen der Integration gemacht. Sein Rat und seine Unterstützung zu allen Fragen des Zusammenlebens von Türken und Deutschen waren in den vergangenen Jahren sehr wertvoll für die politische Arbeit der Deutschen Sozialdemokratie.“ **PM** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORREkt Mailingservice Berlin



Fleisch und Wurst zu günstigen Preisen - und frisch gezapftes Bier: Traditionell zünftig ging es beim Sommerfest der SPD-Abteilung Konradshöhe-Tegelort zu. Neben Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, Parlamentspräsident Walter Momper und Stadtrat Andreas Höhne, konnte der Abteilungsvorsitzende Jörg Stroedter auch Gäste von der Nordsee und aus Westdeutschland beim traditionellen Igelgest begrüßen. Als Glücksfee für die alljährliche Tombola hatte man Gerald Walk, stellv. Vorsitzender der Kreis-SPD, auserkoren. Die Gewinner können den Bundestag besuchen bzw. das Abgeordnetenhaus von Berlin, erhalten eine Führung sowie ein Essen gratis. Foto: Dirk König

Bildung:

Berlin als Spitzenreiter

Bundesweit die höchsten Investitionen in Krippe und Kita

Berlin ist Spitzenreiter bei der frühkindlichen Bildung. Im Jahr 2007 investierte die Stadt, so zeigt es eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, durchschnittlich rund 4.150 Euro für jedes Kind unter sechs Jahren, dagegen war es beim Schlusslicht Schleswig-Holstein mit rund 2.000 Euro pro Kind nicht einmal die Hälfte davon.

„Wer bei den Investitionen in die frühkindliche Bildung und Erziehung spart, zahlt in der Zukunft drauf“, erklärte der für Bildung zuständige Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, Dr. Jörg Dräger, bei der Vorstellung der Studie.

Bundesweit wird für 2013 eine Betreuungsquote von 35 Prozent für Kinder unter drei Jahren angestrebt. Berlin hatte bereits vor zwei Jahren einen Stand von 38 Prozent

(Hamburg: 14 Prozent). Der Bedarf an Kinderbetreuung steigt aber nach Einschätzung der Experten bundesweit. Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Vorsitzende: „Klar ist schon heute: Die 4 Milliarden Euro vom Bund bis 2013 für den Betreuungsausbau reichen nicht aus. Sie sind nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein. Länder und Kommunen müssen darüber hinaus vom Bund unterstützt werden.“

Laut Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung sank zwar im vergangenen Jahr die Zahl der unter Einjährigen, die in einer Kita oder in Tagespflege betreut wurden. Hingegen gibt es bundesweit immer mehr Kinder, die bereits ab ihrem ersten Geburtstag das frühkindliche Bildungssystem in Anspruch nehmen. **BS □**

Begegnungen auf dem Fußballfeld

ASF unterstützt Internationales Frauenfußballturnier in Kreuzberg

Vom 6. bis 13. Juli 2010 werden sich insgesamt 8 internationale Frauenfußballteams am Anhalter Bahnhof in Friedrichshain-Kreuzberg messen. Sie kommen aus Afghanistan, Ecuador, Österreich, Liberia, Sambia, Iran und Israel/Palästina. Als Gastgeberinnen und achtes Team sind die Damen vom BSV AL-Dersimspor e.V. gesetzt. Unterstützt wird das Turnier von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

„Bei den internationalen Frauenfußballteams handelt es sich um Teams, die durch außergewöhnlichen Mut oder außergewöhnliches soziales Engagement aufgefallen sind“, erklärte Sara Schlote vom BSV AL-Dersimspor e.V. auf einer Veranstaltung, zu der die ASF Friedrichshain-Kreuzberg schon im Vorfeld eingeladen hatte.

Ein vielfältiges kulturelles Rahmenprogramm mit internationalen Konzerten, Filmen, Public Viewing der WM-Finals, Spiele,



Tessa Mollenhauer-Koch, Johanna Small, Sara Schlote
Foto: Hartleib

Märchenzelt, Kinderprogramm und vielem Anderen mehr schafft Gelegenheit für Begegnungen weit über den Fußballplatz und weit über die Turnierwoche hinaus.

DISCOVER FOOTBALL soll danach zum festen Bestandteil im Berliner Sport- und Kulturkalender werden. Nächstes Jahr soll

Besoldungserhöhung zwei Monate früher

Bereits zum 1. August und damit zwei Monate früher als geplant soll die Besoldungserhöhung für Beamtinnen und Beamte in Berlin in Kraft treten.

Einen „vernünftigen Ausgleich bei der Besoldung“ von Beamtinnen und Beamten hatte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller auf dem Landesparteitag der Berliner SPD angekündigt. In dieser Woche wurde ein entsprechender Antrag ins Parlament eingebracht. Damit soll der Wegfall einer bisherigen Sonderzahlung besser ausgeglichen werden. **BS □**

Klaus Wowereit beim Fest am Rüdesheimer Platz

Bereits zum sechsten Mal lädt die SPD Wilmersdorf Süd zu ihrem Kiezfest mit Live-Musik ein. Das Fest findet am Samstag, 10. Juli 2010 von 14.30 bis 18.30 Uhr auf dem Rüdesheimer Platz in Wilmersdorf statt.

Zahlreiche Angebote für Kinder und die Möglichkeit zum Gespräch mit Politikerinnen und Politikern werden auch in diesem Jahr für ein abwechslungsreiches Fest sorgen. Fest zugesagt haben Klaus Wowereit, die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel, Christian Gaebler, parlamentarischer Geschäftsführer und Wilmersdorfer Wahlkreisabgeordneter, die Senatorinnen Gisela von der Aue und Jürgen Zöllner sowie und Staatssekretärin Hella Dunger-Löper. **PM □**

das Turnier gleich doppelt so groß werden und die Frauen-Fußball WM in Deutschland einläuten.

Sara Schlote und Johanna Small stellten zahlreiche Möglichkeiten vor, wie Bürgerinnen und Bürger und Organisationen das Fußballspiel unterstützen könnten. Das kann durch Geld, Sachspenden, Sponsoring, Arbeitskraft oder Unterstützung geschehen.

„Im Nachgang zu dem Treffen hat die ASF Friedrichshain-Kreuzberg bereits viele Spenden und Unterstützer gewonnen. Wir wollen, dass das Internationale Frauenfußballspiel ein Erfolg wird“, so die ASF-Vorsitzende Tessa Mollenhauer. Und die ASF Berlin packt am 11. Juli ganz handfest mit an. Ehrenamtliche ASF-Helferinnen sind dann bei der Betreuung der Hüpfburg, beim Karten abreißen und an der Button-Maschine im Einsatz. **Martina Hartleib □**

➡ Weitere Informationen unter: <http://www.discoverfootball.de>

Kultur:



Volker Ludwig (m.) - hier bei einer Pressekonferenz zum Jugendtheaterfestival „KLUBSZENE“ in der vergangenen Woche - gibt nach 42 Jahren die Leitung des von ihm gegründeten Grips-Theaters ab. Nachfolger des 73jährigen wird im Sommer 2011 Stefan Fischer-Fels (46), derzeit künstlerischer Leiter am Jungen Schauspielhaus Düsseldorf. Als „freundliche Übernahme“ bezeichnete der Schauspieler und Dramaturg seine Rückkehr nach Berlin. Von 1993 bis 2003 hatte er bereits am Grips-Theater gearbeitet, das mit Stücken wie „Linie 1“ oder „Eine linke Geschichte“ Theatergeschichte geschrieben hat.

Foto: Louisa Birkner

Wirtschaft:

Masterplan für Industrie

Industriepolitik als Schwerpunkt der Senatspolitik

Mit dem jetzt beschlossenen Masterplan Industrie und der Einrichtung des Steuerungskreises Industrie beim Regierenden Bürgermeister hat der Senat seine Schwerpunktsetzung unterstrichen: Im Zusammenwirken von Senat, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sollen neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen geschaffen werden.

Der stellvertretende Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Christian Hoßbach begrüßte, dass Industriepolitik „jetzt auch als Querschnittsaufgabe verstanden und umgesetzt wird.“ Der DGB werde sich in der Umsetzung intensiv in den Arbeitsschwerpunkt Fachkräfteentwicklung sowie Aus- und Weiterbildung einsetzen. Ziel eines der Masterplanprojek-

te ist die kontinuierliche Qualifizierung der Beschäftigten. Aus Sicht des DGBs ist eine stärkere Verbindlichkeit für Weiterbildung notwendig, eine gesetzliche Grundlage gibt es nicht, aber in einigen Branchen wurden bereits tarifliche Vereinbarungen getroffen.

Der Masterplan Industrie reicht bis ins Jahr 2020, er ist Grundlage einer aktiven Industriepolitik und umfasst ein Leitbild, Leitlinien und Aktionsfelder. Den vier Aktionsfeldern (Rahmenbedingungen, Innovationen, Fachkräfte, Standortkommunikation) sind insgesamt 34 Projekte zugeordnet.

Die Berliner SPD hatte Anfang Juni auf ihrer 2. Berliner Ideenkonferenz die Stärkung des Industriestandorts Berlins diskutiert. **BS □**

Bildung:

Das Bildungssystem muss sich öffnen

Mechthild Rawert: Kinder mit Behinderung an der Regelschule unterrichten

In der Reihe „Diskussionsforum Inklusiv Bildung“ hat sich auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert am Montag erstmals Berlins Bildungsminister Prof. Dr. Jürgen Zöllner dazu geäußert, wie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Berliner Bildungswesen umgesetzt werden soll. Für die BERLINER STIMME zieht Mechthild Rawert ein Fazit.

Über 180 Interessierte betroffene Eltern, LehrerInnen, Engagierte aus Behinderten- und Sozialverbänden und Selbsthilfegruppen, aus Krankenkassen, Hochschulen und verschiedenen Bezirksverwaltungen kamen zusammen, um mit dem Bildungsminister Zöllner und Frau Prof. Dr. Jutta Schöler, Expertin für inklusive Schulpädagogik, zu diskutieren. Die Aula der Fläming-Grundschule war hoffnungslos überfüllt.

Mit der UN-Konvention, die Deutschland im März 2009 in Bundestag und Bundesrat ratifiziert hat, sind wir verpflichtet, einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik zu vollziehen. Das heißt für die Bildungsinstitutionen: Nicht mehr der einzelne Mensch soll in das Bildungssystem eingepasst werden durch erfolgreiche Integrationsarbeit, sondern das System soll so verändert werden, dass allen Menschen die Voraussetzungen zur Teilhabe und zu bestmöglichen Bildungschancen ermöglicht werden. Deutschland ist hier ein Entwicklungsland: Nur etwa 17% der Kinder mit Behinderung besuchen eine Regelschule, in

vergleichbaren EU-Nachbarländern sind es bis zu 80%.

In Berlin gibt es rund 7,6 % SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf in insgesamt 10 Schwerpunktbereichen. Davon werden rund 42% integrativ, das heißt an Regelschulen, beschult. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 19%. Aber die Berliner Bezirke sind nicht einheitlich: die Spanne geht hier von 19% bis zu 70%. In Tempelhof-Schöneberg liegt sie bei 62% integrativer Beschulung. Nicht zuletzt dank der Fläming-Grundschule, die 1975 die erste Integrationschule Deutschlands wurde.

Mit der Schulstrukturreform und der Einführung der Sekundarschulen ist bereits ein großer Schritt zu besserer individueller Förderung vorgezeichnet, aber inklusive Bildung geht weit darüber hinaus.

Senator Zöllner hat seinen Willen zur vollständigen Umsetzung der Konvention nachdrücklich bestätigt und alle Schulen von der Grund- über die Sekundarschule und den Gymnasien bis zur Berufsschule in die notwendige Umgestaltung einbezogen. Zugleich hat er in 5 Punkten deutlich gemacht, dass es einer längeren Übergangszeit bedarf, um zur Regelbeschulung für Alle zu kommen. Viel Kritik gab es an der in Berlin geltenden Wahlfreiheit für Eltern zwischen Sonder- und Regelschule. Wie sie erhalten werden soll, ohne die Einführung der Inklusion zu behindern, ist eine offene Frage. Aber auch im Bereich der Ausbildung von LehrerInnen, Erziehern und den Fachleuten in den Verwaltungen muss viel verändert werden.

Künftig soll keine Auswahl von SchülerInnen nach Förderdiagnostik stattfinden, sondern nach der Aufnahme an der Schule muss ein jeweils individueller Förderplan erarbeitet werden, nach dem dann besondere Maßnahmen oder Hilfen für das Kind organisiert werden.

Dazu braucht es eine zusätzliche Qualifizierung der Kollegien, aber auch eine andere Ausstattung der Schulen. Denn wenn alle Kinder überall individuelle Förderung erfahren können sollen, müssen z.B. auch die Musterramppläne für Schulen überarbeitet werden, nach denen die Kosten für einen SchülerInnenplatz pro Schule kalkuliert sind.

Die größte Sorge der LehrerInnen und Eltern war, dass die Mittelverteilung in Berlin für die schwierige Übergangsphase zu lasten derer gehen könnte, die bereits jetzt inklusiv arbeiten. Damit sind sie bei dem auf Defizitkriterien basierenden Zuwendungsrecht benachteiligt. Prof. Zöllner hat versprochen, Lösungswege auszuarbeiten, die das ausschließen.

Wie der Übergang zur Inklusion für das Bildungswesen konkret gestaltet werden kann, will der Bildungsminister dem Parlament nach der Sommerpause mit einem Umsetzungsplan und Vorschlägen für Gesetzesänderungen vorlegen.

Die Veranstaltung war laut Prof. Zöllner die erste öffentliche Diskussion, die sich mit den konkreten Umsetzungen der Behindertenrechtskonvention für die Bildung in Berlin befasst hat. Weitere müssen folgen! **Mechthild Rawert □**

Mitte:

Die Opfer des Kolonialismus ehren

SPD Mitte fordert umfassendes Erinnerungskonzept für das Afrikanische Viertel

Für ein umfassendes Erinnerungskonzept im Afrikanischen Viertel setzt sich die SPD Mitte ein. Damit soll ein Beitrag zur Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus geleistet werden, erläutert Mittes SPD-Kreisvorsitzender Christian Hanke. „Wir wollen im öffentlichen Raum eine Sichtweise befördern, die die Opfer kolonialer Herrschaft und diejenigen, die Widerstand geleistet haben, in den Blick nimmt und ehrt.“

Im Afrikanischen Viertel, so Hanke, sehe die SPD das Potential eines nationalen Erinnerungsortes. „Ich bin überzeugt, daß die Menschen in Mitte diese demokratische Initiative mittragen werden.“

Das Afrikanische Viertel ist mit seinen afrika- und kolonialbezogenen Straßennamen sowie durch seine Verortung in einem Bezirk mit einer stetig wachsenden afrikanischen Community in besonderer Weise geeignet. Breiter Aufklärung und Sensibilisierung für die Verbrechen der Deutschen Kolonialherrschaft komme dabei angesichts oftmals nur rudimentärer Vorkenntnisse der Bürgerinnen und Bürger in Berlin-Mitte eine zentrale Rolle zu. Deshalb begrüßte die SPD Mitte die geplante Aufstellung von Infotafeln im Afrikanischen Viertel durch das Bezirksamt im Sommer 2010 ausdrücklich.

Die SPD-Kreisdelegierten forderten in einem Beschluss, „dass ein solches Erinnerungskonzept auch die Umbenennung von Plätzen und Straßen beinhalten muss, deren Namen bislang mit Personen in Verbindung gebracht werden, die das koloniale Projekt mit Betrug und Gewalt durchgesetzt haben“. Dies betrifft den Nachtigal-



Afrikanisches Viertel: Stopp für koloniale Verherrlichung. Foto: Sucker

platz, die Lüderitzstraße und die Petersallee. Das Berliner Straßengesetz bestimmt, dass durch die Benennung von Straßen und Plätzen nach Personen, diese Personen ausdrücklich geehrt werden. Die ursprüngliche Benennung der oben genannten Straßen und Plätze nach Adolf Lüderitz, Carl Peters und Gustav Nachtigal erfolgte ausschließlich aufgrund von deren kolonialen Aktivitäten.

Eine ausdrückliche Ehrung dieser Personen im öffentlichen Raum sei aber mit demokratischen und rechtstaatlichen Grundüberzeugungen nicht zu vereinbaren, so die SPD Mitte. Sie stelle vielmehr einen Affront gegenüber den Opfern des Kolonialismus dar.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die 1986 von der BVV Wedding vorgenommene Umwidmung der Petersallee vom Kolonialakteur Carl Peters auf den Stadtverordneten und Juristen Hans Peters für Außenstehende nicht erkennbar ist. Immer wieder wird deshalb (der gute Na-

me von) Hans Peters in Verbindung gebracht mit dem des Kolonialverbrechers Carl Peters.

„Kampf gegen Rassismus einerseits und ehrendes Andenken für Rassisten andererseits können nicht zugleich Prinzipien sozialdemokratischer Politik sein“, sagt Mitte Bezirksbürgermeister. Die KDV fordert deshalb, auch im Lichte der einschlägigen Beschlusslage der BVV Mitte, im Falle einer Umbenennung die drei oben genannten Plätze und Straßen nach Frauen zu benennen, die gegen koloniale Herrschaft Widerstand geleistet haben oder sich in anderen Zusammenhängen positiv in der afrikanischen Geschichte und Politik hervorgetan haben.

Nach den Vorstellungen der SPD Mitte soll ein Beirat ein Gesamterinnerungskonzept an den deutschen Kolonialismus erarbeiten oder der Senat dazu entsprechend aufgefordert werden. Eine Umbenennung in den drei von betroffenen Straßen und Plätzen soll für die Anwohnerinnen und Anwohner und Gewerbetreibenden möglichst unbürokratisch und kostengünstig umgesetzt werden ist. „Von zentraler Bedeutung ist es, eine breite Bürgerbeteiligung vor der Umbenennung umzusetzen, um nicht durch missverständenes ‚Diktat von oben‘ Sympathien und Wählerstimmen im Afrikanischen Viertel zu verlieren“, so die SPD Mitte. Dazu soll ein breites Aktionsbündnis initiiert werden, das mit Unterschriftenaktionen, Bürgerbefragungen, Info- und Diskussionsveranstaltungen, Infoblätter an alle Anwohnerhaushalte und Infostände in den betroffenen Straßen um Zustimmung für die Straßenumbenennung wirbt. **BS** □

Schließungspläne im sozialen Brennpunkt

Spandauer SPD setzt sich für den Erhalt der Bruno-Gehrke-Sporthalle ein

Der Spandauer SPD-Kreisvorsitzende Raed Saleh hat angekündigt, mit öffentlichen Kundgebungen weiter für den Erhalt der Bruno-Gehrke-Sporthalle zu kämpfen. Erste Demonstrationen der SPD Spandau gegen die Schließung der Halle haben bereits stattgefunden.

Die Sporthalle, die im Neustädter Kiez, einem sozialen Brennpunkt, liegt, soll nach dem Willen des CDU-Baustadtrates in Spandau aus Kostengründen aufgegeben werden. In der Spandauer Halle trainieren Jugendliche aus der Nachbarschaft ebenso wie Spitzensportler zum Beispiel aus dem Boxsport.

Die Kündigung durch den CDU-Stadtrat



Die Spandauer SPD unterstützt die Protestaktionen der Sportlerinnen und Sportler gegen die Schließung der Bruno-Gehrke-Halle. Mit dabei: der Kreisvorsitzende Raed Saleh, Susanne Pape und Burgunde Grosse.

erfolgte ohne Beteiligung der Gremien und ohne Prüfung von Alternativen. Vielen Sportvereinen, die dort trainieren, droht jetzt das Aus, weil es in Spandau keine geeigneten Ersatzstandorte für das Training gibt.

Raed Saleh: „Die Schließung der Sporthalle würde den Spandauer Stadtteil Neustadt ebenfalls hart treffen: Erst seit kurzem ist die Neustadt in das Berliner Quartiersmanagementverfahren als sozial benachteiligter Kiez aufgenommen worden. Die Sporthalle ist für viele Jugendliche dort Trainingsstätte und erfüllt damit eine wichtige soziale Funktion in einem hochbelasteten Quartier.“ **BS** □

Landesvorstand:

Votum für Geschlossenheit

Die Ergebnisse der Wahlgänge - Harald Christ als neuer Landeskassierer

Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller ist auf dem Landesparteitag der Berliner SPD mit 174 Ja-Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Gegen ihn stimmten 36 Delegierte, es gab 9 Enthaltungen. Damit stimmten knapp 80 Prozent der 219 Delegierten für ihn.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Barbara Loth mit 194 Stimmen, Mark Rackles mit 140 Stimmen, Marc Schulte mit 144 Stimmen und Iris Spranger mit 139 Stimmen gewählt. 221 Stimmen wurden abgegeben, davon waren 218 gültig.

Neuer Landeskassierer wurde der Unternehmer Harald Christ. Der gelernte Industriekaufmann, seit 22 Jahren Mitglied der SPD und seit 10 Jahren in Berlin beheimatet, erhielt 160 Ja-Stimmen bei 38 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen.

Dem ausscheidenden bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Christian Hanke, dessen Gruppierung „Aufbruch“ auf eine Kandidatur zum Geschäftsführenden Landesvorstand verzichtet hatte, dankte der Landesvorsitzende Michael Müller für die Arbeit in den zurückliegenden Jahren.

Dem Landesvorstand gehören acht Beisitzerinnen und Beisitzer an. Gewählt wurden im ersten Wahlgang Frank Boermann (140 Ja), Monika Buttgerit (174 Ja), Cordula Drautz (168 Ja), Hella Dunger-Löper (167 Ja), Renate Harant (116 Ja), Brigitte Lange (140 Ja), Klaus Mindrup (142 Ja) und Ulrike Sommer (121 Ja). Ellen Haußdörfer (63 Ja), Birgit Monteiro (95 Ja) und Fabian Schmitz-Grethlein (74 Ja) konnten sich nicht durchsetzen. Während dem Geschäftsführenden



Glückwünsche nach der Wahl: Klaus Wowereit gratuliert Michael Müller. Fotos: Horb

Landesvorstand zwei Frauen und vier Männer angehören, sind es bei den Beisitzerpositionen sechs Frauen und zwei Männer.



Barbara Loth, wiedergewählte stellvertretende Landesvorsitzende mit ihrem Vater, der wenige Tage zuvor in die SPD eingetreten ist.



Landeskassierer Harald Christ (r.) im Gespräch mit Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz.

Hella Dunger-Löper und Fabian Schmitz-Grethlein hatten zuvor dem Parteirat angehört. Die neugewählten Berliner Vertreter/innen im Parteirat sind Heinz Buschkowski (156 Ja) und Dilek Kolat (159 Ja). Wiedergewählt wurde Karin Seidel-Kalmutzki (159 Ja).

Als Vorsitzender der Landesschiedskommission wurde Niko Sander bestätigt. Auf ihn entfielen 149 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Stellvertretende Vorsitzende sind Gabriele Nieradzki (160 Ja) und Herbert Trimbach (152 Ja). Vier Beisitzerinnen und Beisitzer waren zu wählen. Es kandidierten im 1. Wahlgang Sabine Becker (164 Ja - gewählt), Nils Diederich (129 Ja - gewählt), Heiko Holste (108 Ja - gewählt), Kai-Joachim Schultze (47 Ja - nicht gewählt) und Johannes Jost (77 Ja - nicht gewählt). Im zweiten Wahlgang setzte sich Johannes Jost (106 Ja) gegen Kai-Joachim Schultze (55 Ja) durch.

Als Revisoren wurden gewählt: Jürgen Lütke, Hans-Jürgen Reinecke, Klaus Reinhard, Bernd Schimmler. U. H. □

Ergebnisse: Wahl der Kreis- und AG-Vorsitzenden

Wahl der Kreisvorsitzenden in den Landesvorstand:

Mitte: Christian Hanke - 148 Ja - 44 N - 15 E

Friedrichshain-Kreuzberg: Jan Stöß - 169 J - 29 N - 12 E

Pankow: Alexander Götz - 165 J - 27 N - 20 E

Charlottenburg-Wilmersdorf: Christian Gaebler - 150 J - 45 N - 13 E

Spandau: Raed Saleh - 155 J - 30 N - 16 E

Steglitz-Zehlendorf: Michael Arndt - 141 J - 38 N - 30 E

Tempelhof-Schöneber: Dilek Kolat - 154 J - 40 N - 13 E

Neukölln: Fritz Felgentreu - 127 J - 71 N - 12 E



Dank an den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Christian Hanke.

Treptow-Köpenick: Oliver Igel - 159 J - 30 - 19 E

Marzahn-Hellersdorf: Stefan Komofß -

164 J - 18 N - 25 E

Lichtenberg: Andreas Geisel - 152 J - 34 N - 18 E

Reinickendorf: Jörg Stroedter - 114 J - 75 N - 17 E

Wahl der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in den Landesvorstand:

AG 60 plus: Werner Kleist - 180 J - 6 N - 6 E

Jusos: Christian Berg - 168 J - 22 N - 10 E

ASF: Eva Högl - 130 J - 59 N - 15 E

AFA: Rolf Wiegand - 182 J - 15 N - 7 E

AGS: Angelika Syring - 159 J - 22 N - 26 E

Schwusos: André Rostalski - 161 J - 29 N - 12 E

AG Migration: Ülker Radziwill - 156 J - 43 N - 10 E

Parteitagsdebatte:

„Lob ist nicht verboten“

Michael Müller, Klaus Wowereit und Sigmar Gabriel auf dem Landesparteitag

Die Bilanz der SPD kann sich sehen lassen: Mit der Schulstrukturreform, dem Ausbau des Ganztagsangebots, der Sanierung von Bädern und Kitas, der Stärkung der Industriepolitik, dem Informationsfreiheitsgesetz und vielem anderen sind in dieser Legislaturperiode wichtige Vorhaben angepackt worden. Weitere Aufgaben stehen noch bevor. Es gebe keine Vorschrift im Statut, nach der man die eigene Partei nicht loben dürfe, so der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller in seiner Rede auf dem Landesparteitag.

Michael Müller rief seine Partei zu Einigkeit und Geschlossenheit auf. Müller „Wir haben gemeinsam viel erreicht in dieser Stadt, wenn wir intern gestritten haben und gemeinsam nach außen gekämpft haben“. Ein Wahlsieg in Berlin sei kein Selbstläufer: „Wir müssen auch kämpfen“, sagte er. Die Ausgangsbasis aber sei gut: 15 Monate vor der nächsten Abgeordnetenhauswahl zeigen Umfragen, dass die SPD die führende Kraft in der Stadt sei. Es gebe eine stabile Mitgliederbasis mit 16.000 Mitgliedern und leicht steigender Tendenz, so Müller. Wenn 900 Genossinnen und Genossen zu einem Mitgliederforum kommen, dann zeige das, „dass wir auf dem Engagement unserer Genossinnen und Genossen aufbauen können“.

Michael Müller wies auf die Bedeutung der „Solidarischen Stadt“ hin, für die sich die SPD einsetze. Dabei gehe es um alle Bereiche der Daseinsvorsorge, von der Ganztagschule bis zur Wasserversorgung, es gehe darum, wie der soziale Zusammenhalt organisiert werde, wie Arbeitsplätze geschaffen werden und eine Verdrängung von Mieterinnen und Mietern durch eine „intelligente Wohnungspolitik“ verhindert werden könne. Michael Müller betonte die Werte, die das Handeln der Berliner SPD bestimmen: „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ - werden die von anderen in der Stadt vertreten? Ich glaube, nicht.“

Ebenso wie der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel kritisierte Michael Müller in seiner Rede scharf die schwarz-gelbe Bundesregierung. Von der Hauptstadt-SPD, so Müller, müsse ein Signal für den Bund ausgehen, „dass wir bereit stehen, dass wir mithelfen, dass diese schwarz-gelbe Chaostruppe auf Bundesebene wegkommt“. Müller verwies auf die Abkehr vom Atomausstieg und auf die Afghanistan-Politik. Er begrüßte, dass die SPD dem Bundeswehreinsatz „zunehmend kritisch“ gegenüber stehe: „Ich glaube, wir müssen schnellstmöglich weg von einem militärischen Ein-



Beifall von Klaus Wowereit und Sigmar Gabriel: Michael Müller auf dem SPD-Landesparteitag.

Foto: Horb

satz.“ Ein besonderer Skandal sei aber das Agieren der Bundesregierung in der Finanzkrise. Dabei gehe es nicht um einzelne Entscheidungen sondern um die Haltung, die die Bundesregierung an den Tag lege. Als die finanziellen Belastungen deutlich wurden, seien die ersten Bereiche, in denen die Axt angelegt wurde, der Bildungs- und der Sozialbereich und der Arbeitsmarkt gewesen, so Müller. „Die Streichung der Rentenbeiträge für Arbeitslose macht doch deutlich, dass die Krise nicht bei den Verursachern ankommen soll, sondern die Krise wird weiter nach unten gereicht.“

Seit 8 Monaten gebe es eine Bundesregierung, die Deutschland in die dritte Liga führt, sagte der SPD-Vorsitzende Gabriel in seiner Rede. „Es besteht die Gefahr, dass Deutschland vor verlorenen Jahren steht.“

Gabriel kritisierte scharf das Sparpaket der Bundesregierung: Es belaste einseitig Arbeitslose und Familien und bestehe darüber hinaus im wesentlichen aus „Luftbuchungen“. Hartz-IV-Empfänger, Familien und Rentner hätten nicht über ihre Verhältnisse gelebt“, sagte der SPD-Vorsitzende, sie hätten in der Vergangenheit vielmehr „unter ihren Möglichkeiten leben“ müssen.

Gabriel rief dazu auf, stattdessen bei überflüssigen Subventionen zu sparen, etwa bei den von Schwarz-Gelb eingeführten Steuervergünstigungen für Hotelbesitzer. Er verwies aber auch auf den Abbau ökologisch schädlicher Vergünstigungen, wenn etwa Geländewagen mit hohem Verbrauch in einer Großstadt wie Berlin als Dienstwagen gefördert werden.

Um die Einnahmen zu verbessern, sprach sich Gabriel für eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes aus. Der Spitzensteuersatz, der derzeit bei 42 Prozent

liegt, könne „in Richtung 50 Prozent“ erhöht werden, allerdings sollte er dann später einsetzen als bei rund 53.000 Euro, wie es derzeit der Fall ist. Das sei ein Einkommen, das etwa auch ein Industriearbeiter erreiche. Die zusätzlichen Einnahmen müssten allerdings, wie von der SPD gefordert, gezielt für Investitionen in Bildung ausgegeben werden und für nichts anderes. Die SPD werde gebraucht, um das Land in Ordnung zu bringen, sagte Gabriel. „Wir brauchen eine neue soziale Ordnung.“

Gabriel setzte sich aber auch mit dem Zustand der SPD auseinander und warb für eine neue Debattenkultur. „Wer für gesellschaftliche Integration kämpft und das in der eigenen Partei nicht hinbekommt, ist nicht besonders glaubwürdig.“ Sicher habe die SPD habe auf Bundesebene auch an Stärke gewonnen, weil „die anderen so schwach sind“. Aber auch, weil sie Veränderungen begonnen habe. Dabei könne nicht immer nur das individuelle Wohl die Messlatte sein. „Wir sind aufgerufen, für das Gemeinwohl zu sorgen.“ Manchmal wünsche er sich, dass ein altmodischer Gruß, der in der 147jährigen SPD-Geschichte unter vielen Briefen gestanden habe, wieder ernst genommen und gelebt werde: „Der Gruß heißt Freundschaft“. Gabriel warnte davor, sich nur noch in kleinen Gruppen und Zirkeln in der Partei zu treffen und die normalen Strukturen zu vernachlässigen. „Wir haben die eigene Organisation über 20, 25 Jahre vernachlässigt. Wir müssen uns um diese Organisation kümmern, sie ist älter und größer als wir. Das ist ein Erbe, über das wir nicht leichtfertig hinweggehen sollen.“

„Diese SPD steht geschlossen da, auch wenn sie inhaltliche Themen kritisch diskutiert“, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit auf dem Landesparteitag. „Das ist lebendige Demokratie.“

Selbstverständlich müssten zukunftsweisende Themen auch über die Regierungsarbeit hinaus diskutiert werden. „Aber wenn man Regierungsverantwortung hat, dann muss eine Partei auch bereit sein, der Führung zu folgen in elementaren Fragen.“ Ausdrücklich dankte Klaus Wowereit dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller und seinem Team für die konstruktive Zusammenarbeit. Rückenwind gebe es auch von der Bundes-SPD, von Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und Frank-Walter Steinmeier, sagte Klaus Wowereit. Zugleich rief er die SPD auf, auf die eigene Stärke zu setzen, im Bund wie in Berlin.

U. Horb □

Antragsberatung:

Fairness und Gerechtigkeit

Bezahlbare Mieten - Armutsbekämpfung - Wahlalter 16 - Verlängerung der A 100

Bezahlbarer Wohnraum, Schutz von Mieterinnen und Mietern, umweltfreundliche Sanierung, Verbesserungen der Wohnquartiere - einstimmig hat die Berliner SPD den Antrag „Mietstadt Berlin“ beschlossen.

Der Parteitag folgte dabei in großen Teilen den Empfehlungen der Antragskommission. Die Berliner SPD will weiterhin „die kommunalen Wohnungsbestände für eine aktive Mietpreis begrenzende Politik zur Versorgung breiter Schichten nutzen und den Bestand in Höhe von mindestens 270.000 Wohnungen vollständig erhalten“. Der Schutz von Mieterinnen und Mietern mit niedrigen Einkommen habe dabei Vorrang vor den Renditeerwartungen der Stadt Berlin als Eigentümerin. Die SPD lehnt weitere Privatisierungen ab und will „den Anteil der kommunalen Wohnungsbestände in allen Wohngebieten wieder erhöhen, um diesen Wohnraum breiten Schichten kostengünstig zur Verfügung zu stellen und im Sinne einer „aktiven Politik“ Einfluss auf die Mietentwicklung Berlins nehmen zu können“. „Wir wollen einen dauerhaften und von seiner Größe her nennenswerten öffentlich-sozialen Wohnbestand wieder aufbauen.“

WAHLALTER SOLL SINKEN

Mit klarer Mehrheit hat sich die Berliner SPD für eine Senkung des Wahlalters zur Abgeordnetenhauswahl auf 16 Jahre ausgesprochen, so wie bei den BVV-Wahlen bereits üblich. Zur demokratischen Teilhabe gehöre es aber auch, Jugendliche nicht nur mit formalen Rechten auszustatten, sondern auch Gestaltungsspielräume zu eröffnen, heißt es in einem ergänzend angenommenen Beschluss.

KINDERARMUT BEKÄMPFEN

In einem umfangreichen Antrag werden Wege zur Beseitigung von Kinderarmut beschrieben. Dabei wird der Armutsbegriff weiter gefasst: Es geht nicht nur um materielle Armut, sondern auch um fehlende Unterstützung, um mangelnde Teilhabemöglichkeiten. Deshalb geht es auch darum, Zuwendung zu ermöglichen und Geborgenheit zu schaffen. Die Bekämpfung der Kinderarmut sei aber vor allem auch eine Bekämpfung von Familienarmut, heißt es im Antrag. „Wer neue Chancen für Kinder will, muss neue Chancen für ihre Eltern eröffnen. Deshalb kämpfen wir als SPD gegen Arbeitslosigkeit und Lohn-dumping, denn diese sind wesentliche



Delegierte im Berliner Congress Centrum am Alexanderplatz.

Gründe für die Armut von Familien und damit von Kindern.“ Nachdem die Gebührenfreiheit in den Kindergärten in Berlin erfolgreich realisiert worden sei, fordert die Berliner SPD, die Gebührenfreiheit aller Bildungseinrichtungen von der Krippe bis zur Hochschule sicher zu stellen. „Die Perspektive unbegrenzter Teilhabe an Bildung muss jedem Kind, jedem Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht werden. Dazu gehören auch die Sicherung der Lehr- und Lernmittelfreiheit in der allgemeinbildenden Schule sowie der Zugang aller Kinder zur Kita bzw. zur offenen Ganztagsbetreuung ohne Bedarfprüfung der Eltern.“

WASSERBEGEBEHREN ERLEDIGT

Der Parteitag folgte zudem mit Mehrheit der Einschätzung der Antragskommission, dass mit dem von der SPD-Fraktion, Grünen und Linkspartei ins Abgeordnetenhaus eingebrachten Informationsfreiheitsgesetz die Forderungen des „Wasservolksbegehrens“ erledigt seien.

A 100 SOLL VERLÄNGERT WERDEN

Eine intensive Debatte gab es um die Verlängerung der Autobahn A 100. Schon zu Beginn des Parteitags hatte Michael Müller sich für den Weiterbau der Autobahn ausgesprochen. „Einen solchen Eingriff in die Stadt macht man nicht leichtsinnig“, betonte er. Nach dem Beschluss im Koalitionsvertrag für den Weiterbau habe es einen gegenteiligen Parteitagsbeschluss 2009 gegeben. Die Expertinnen und Experten in Partei und Fraktion hätten sich daraufhin intensiv mit der Frage beschäftigt. „Es geht darum, eine verkehrspolitische Lösung für die gesamte Stadt zu finden.“

Es gebe Gründe, die gegen den Bau sprechen, aber eben auch Gründe dafür. So ge-

he es darum, den motorisierten Individualverkehr aus den Wohngebieten herauszuhalten. Dazu bedarf es einer entsprechenden Lenkung. Die wichtigen Gewerbegebiete im Osten müssen angebunden werden, der neue Verkehr vom und zum BBI muss gelenkt werden. Und schließlich gehe es um eine riesige Investition, um Arbeitsplätze. In dieser Abwägung sei er für den Weiterbau, so Müller. Wie er warben auch Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit für das Vorhaben.

Delegierte aus Friedrichshain-Kreuzberg und Spandau bezeichneten einen Bau als falsches Signal und führten rückläufige Verkehrsprognosen an. Kritiker des Projekts wie der SPD-Umweltexperte Daniel Buchholz wiesen auf die mit 420 Millionen Euro angesetzten hohen Kosten hin. Auch wenn es sich um Bundesmittel handele, seien es doch Steuermittel, die eingespart werden könnten. Klaus Wowereit widersprach einer solchen Betrachtung, weil die Investition für die gesamte Stadt wichtig sei. Er sprach Ingeborg Junge-Reyer ausdrücklich sein Vertrauen aus und warb dafür, dass auch die Delegierten der Abwägung der Senatorin vertrauen. Sie hatte zuvor noch einmal das Gesamtkonzept betont: Die Verlängerung der A 100 sei ein Baustein, um den gewollten Rückgang des motorisierten Individualverkehrs in der Innenstadt zu erreichen, es würden mehr Menschen entlastet als belastet. Das Präsidium stellte die Anträge 18/2 (FA Natur, Energie, Umweltschutz gegen die Verlängerung) und 18/3 (FA Mobilität, für den Weiterbau) alternativ zur Abstimmung. 223 Stimmen wurden abgegeben. In geheimer Abstimmung entfielen auf den Antrag 18/2 108 Stimmen, auf den Antrag 18/3 113 Stimmen. Es gab eine Enthaltung.

AFGHANISTANABZUG

Der Antrag 10/1 zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan wurde angenommen. Die Bundestagsfraktion wird darin aufgefordert, einen Zeitplan in die parlamentarische Beratung einzubringen.

REKOMMUNALISIERUNG

Anträge zur Rekommunalisierung wurden einvernehmlich auf den Parteitag im Herbst vertagt, bei dem das Thema ein Schwerpunkt sein wird.

Das Beschlussprotokoll in Kürze auf www.spd-berlin.de/lptio-06



Rund 600 000 Menschen haben in Berlin am Umzug zum Christopher Street Day teilgenommen. Mit einem eigenen Wagen war die AG der Lesben und Schwulen in der SPD Berlin vertreten. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit bezeichnete den CSD in seiner Abschlussrede als „machtvolle, politische Demonstration“. Unter dem Motto „Normal ist anders“ warben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Akzeptanz von homo- und transsexuellen Lebensweisen. Noch gebe es viel zu tun, so Klaus Wowereit. Er wies auf Diskriminierungen und Übergriffe hin, die es immer noch täglich gebe. Verbessert werden müsse auch die rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

Fotos: Sabine Röhrbein



„Das asozialste Sparpaket“

Berliner Jusos auf dem Bundeskongress - Sascha Vogt gewählt

Die Jusos haben einen neuen Vorsitzenden. Mit 68,1 Prozent wählten die Delegierten des Bundeskongresses in Essen den 29-jährigen Sascha Vogt aus Nordrhein-Westfalen am Wochenende zum Nachfolger von Franziska Droschel. Sie war nach drei Jahren an der Juso-Spitze zurückgetreten, um ihr Jura-Studium zu beenden.

Ralf Höschele, Jennifer Rodenbeck, Henning Tillmann und Björn Eggert (v.l.) aus Friedrichshain-Kreuzberg gehörten zu den ersten Gratulanten. „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dir“, sagte Björn Eggert. Mit klaren Worten verurteilte Vogt die Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung als das „asozialste Sparpaket in der Geschichte“ und rief zu breitem Widerstand auf. Aber auch die SPD nahm er in die Pflicht. Sie brauche „wieder einen Kom-



pass für soziale Gerechtigkeit“. Der eingeschlagene Weg der Erneuerung sei zwar wichtig und gut, doch kein Selbstläufer. „Die SPD ist noch nicht über den Damm.“ Zum Teil gebe es sogar Rückfälle in alte Zeiten. „Wir Jusos werden die Partei treiben, damit die Erneuerung nicht in den Kinderschuhen stecken bleibt“, kündigte Vogt an.

Kai Döring □

Polizisten besser schützen

Sozialdemokraten in der Polizei (SiP) fordern Gesetzesänderung

Der 1. Mai 2010 ist in diesem Jahr „relativ ruhig verlaufen“. Das war leider nicht immer so. Eine Demonstration hat jetzt sehr schnell und leider für die verletzten Beamtinnen und Beamten auch sehr schmerzvoll bestätigt, dass das Ende der Gewaltspirale gegen Einsatzkräfte der Polizei längst noch nicht erreicht ist und Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei immer heftiger und brutaler werden.

Bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte hat Berlin seit Jahren den Spitzenplatz aller Bundesländer inne. In diesem Zusammenhang wird auf unterschiedlichen politischen und ausführenden Ebenen über eine Änderung der Strafgesetze zum Schutze von Polizeibeamten diskutiert, nachgedacht und geprüft.

Die Sozialdemokraten in der Polizei er-

warten, dass rasch gehandelt wird und das Strafgesetzbuch endlich um den Zusatz „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamtinnen- und beamtete“ erweitert wird.

Unter einem tätlichen Angriff ist eine unmittelbar auf den Körper zielende, gewaltsame Einwirkung zu verstehen, die nicht zur Verletzung führen muss. Zur Tatbestandsverwirklichung reicht deshalb auch die Absicht, ein Wurf mit Gegenständen auf Vollzugsbeamte, aus.

Im Interesse und insbesondere zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen fordern wir eine zeitnahe Zusammenarbeit, ein aktives Handeln der Verantwortlichen des Senats, der Polizei und der Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus.

Detlef E. Dörschel, Vorsitzender der Sozialdemokraten in der Polizei (SiP) Berlin □

FRAKTION INTERN

Marathon vor der Sommerpause: Wichtige Gesetze beschlossen. Das Berliner Abgeordnetenhaus ist am Donnerstag zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammengekommen. Und es wurden zahlreiche wichtige Gesetze beschlossen. Zum Beispiel eine Änderung der Bauordnung für ein Ende des Wildwuchses bei großflächigen Werbebannern, die Änderung des Abstimmungsgesetzes für faire Bedingungen bei Volksentscheiden oder eine Änderung des Straßenausbaubeitragsgesetzes, das zu einer Besserstellung der Anwohner führt. Vor allem standen aber das neue Informationsfreiheitsgesetz, das neue Vergabegesetz und das Vorziehen der Tarifierhöhungen für die Berliner Beamten im Fokus.

Faire Löhne und ökologische Kriterien.

Mit dem Berliner Vergabegesetz werden für die Auftragsvergabe und die Ausschreibungen der öffentlichen Hand umfassende Regelungen gesetzlich festgeschrieben. Dabei geht es um die Beachtung ökologischer Kriterien und die Einhaltung menschenwürdiger Bedingungen bei der Produktion (z.B. keine Kinderarbeit) oder auch die Berücksichtigung der Frauenförderung.

Insbesondere werden aber auch Mindestlöhne festgeschrieben. Im Detail wird die Bindung an die nach dem Arbeitnehmerentendengesetz fixierten Löhne betont und -- soweit es für bestimmte Branchen keine Tarifverträge gibt oder die dort vorgesehenen Tariflöhne den Lohn von 7,50 Euro unterschreiten -- eine Mindestentlohnung von 7,50 Euro festgeschrieben.

Der Senat kann den Mindestlohn von 7,50 Euro in der Zukunft per Rechtsverordnung anheben. Eine Änderung des Gesetzes ist dafür nicht notwendig. Großer Wert wurde bei den Beratungen im Abgeordnetenhaus darauf gelegt, dass die Regelungen auch für mögliche Subunternehmer gelten.

Schlupflöcher sind dadurch ausgeschlossen. Das Gesetz tritt nach Veröffentlichung sofort in Kraft. Berlin hat sich mit dem Gesetz an die Spitze der Bundesländer bei der Garantie von gerechten und fairen Vergaberegeln gesetzt.

Informationsfreiheitsgesetz. „Das Land Berlin setzt neue Maßstäbe bei der Offenlegung von Privatisierungsverträgen“, so der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier. „Es wird künftig über die fortschrittlichste Regelung des Informationsfreiheitsgesetzes aller Bundesländer verfügen.“ So werden nicht nur künftige Verträge der Daseinsvorsorge offengelegt, sondern auch bereits abgeschlossene Verträge der Offenlegung unterliegen. Diese muss sich an verfassungsrechtlichen und rechtsstaatlichen Grundsätzen messen lassen. **tm** □

SDP:

Ein spannender Anfang

SPD Falkplatz-Arnimplatz erinnert an die Gründungszeit

Die SPD Falkplatz-Arnimplatz gedenkt in diesem Jahr mit mehreren Veranstaltungen der friedlichen Revolution vor 20 Jahren. „Erinnert wird meist an das Jahr 1989, die Ereignisse um die friedliche Revolution dauerten aber noch bis weit in das Jahr 1990 hinein“, so der Abteilungsvorsitzende Markus Roick. „Das Jahr 1989 steht unter dem Eindruck von Fluchtwelle, Montagsdemonstrationen und dem Fall der Berliner Mauer. Das folgende Jahr 1990 war aber nicht minder wichtig: durch freie Wahlen wurde die Grundlage geschaffen für die Wiedervereinigung.“

„Die SDP von 1989 und 1990 bildete dabei nicht einfach nur eine neue Partei, sondern auch eine Bewegung“, so Markus Roick. Basisgruppen bildeten sich 1989/90 weniger nach Straßen als nach Personen. Man traf sich teilweise einmal in der Woche, oft bis Mitternacht. In der Anfangszeit hatten diese Gruppen 30 bis 40 Mitglieder, davon waren 20 bis 25 aktiv. Vieles hat sich seitdem verändert. Roick: „Es ist ruhiger geworden, in Teilen professioneller, aber auch weniger bewegt.“ Wolfgang Marquardt und Günter Wetzels wurden in Erinnerung an ihre Leistungen in dieser Zeit und für die Abteilung mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Wolfgang Marquardt war nach seinem Beitritt zur Westberliner SPD 1989 lange Jahre Vorsitzender der Abteilung Falkplatz-Arnimplatz sowie Bürgerdeputierter und Verordneter der Bezirksversammlung. Günther Wetzels trat 1989, noch beeindruckt durch den DDR-Besuch Willy Brandts, der SDP bei.

In schwierigen Zeiten war er lange Jahre



Kranzniederlegung zum 1. Jahrestag der Maueröffnung an der Bornholmer Brücke am 3. Oktober 1990 mit Walter Momper (Regierender Bürgermeister West-Berlin, Mitte), Tino Schwierzina (Oberbürgermeister Ost-Berlin, rechts), Manfred Dennert (Bezirksbürgermeister Prenzlauer Berg und Mitglied der SPD Falkplatz-Arnimplatz, links neben Momper).

Vorsitzender der Abteilung Falkplatz-Arnimplatz und ist auch heute noch regelmäßig in der Abteilung aktiv. Kurt Blankenhagel, Stadtrat im Magistrat von Tino Schwierzina, lehnte eine Ehrung ab: „Die Hauptarbeit haben die Abteilungsvorsitzenden und Stellvertreter geleistet, mit der Unterstützung der vielen damals aktiven Genossinnen und Genossen.“

Die SPD Falkplatz-Arnimplatz hat eine kleine Broschüre über die SDP im Kiez erstellt, die unter www.spd-falkplatz-arnimplatz.de heruntergeladen werden kann. Zu den Ereignissen in Schwante und im Bezirk Pankow hat die SPD einen lesenwertigen Sammelband herausgegeben. Dieser kann über das SPD Kreisbüro, Berliner Str. 30, 13189 Berlin (Telefon 030 962 09 660, Fax - 661) bezogen werden. **BS □**

Vor 20 Jahren: Die ASF schloss sich zusammen

Im Juni 1990 fand der Zusammenschluss der DDR-ASF und BRD-ASF in Hannover statt.

„Die ASF ist stolz darauf, dass sich Frauen aus Ost und West noch vor der Vereinigung der Sozialdemokratischen Parteien im September 1990 zusammengetan haben und seitdem erfolgreich und engagiert insbesondere für die Belange von Frauen, Gleichstellung und eine gerechte und soziale Gesellschaft arbeiten“, so die ASF-Bundesvorsitzende, Elke Ferner. „Die ASF war vor 20 Jahren die erste Parteigliederung der SPD, die sich vereinigt hat. Gleichstellungspolitische Themen sind bis heute aktuell. Frauen aller Generationen engagieren sich frauenpolitisch bei uns. Frauen wie Eva Kunz, Ute Fischer, Christine Bergmann, Regine Hildebrandt, Gerlinde Kuppe, Iris Gleicke, Karla Staszak, Christel Riemann-Hanewinkel und viele andere haben der SPD in der DDR und nach der deutschen Einheit ein Gesicht gegeben.“ **BS □**

AG Italiener: Aufruf zur Demonstration

Mit einer Demonstration am 27. Juli wollen sich mehrere italienische Organisationen gegen die Angriffe auf die italienische Verfassung, besonders das Streikrecht und die Unabhängigkeit der Justiz wehren. Die AG Italiener in der SPD beteiligt sich.

Die Initiative geht von „La Fabbrica di Nichi-Berlin“ aus, einer politischen und kulturellen Organisation, die dem Präsidenten Apuliens, Nichi Vendola, nahe steht. Als Ort ist der Bebelplatz in Aussicht genommen. Nähere Informationen stehen kurzfristig im Kalender auf www.spd-berlin.de zur Verfügung. **BS □**

Afghanistan-Einsatz:

Das Bauchgefühl reicht nicht

Karl-Heinz Niedermeyer: Drei Fragen, zwei Antworten

Karl-Heinz Niedermeyer, Vorsitzender des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin zieht mit Fragen und Antworten eine Zwischenbilanz zum Afghanistan-Einsatz.

Frage 1: Warum ist die Bundeswehr noch in Afghanistan?

Antwort: Weil sich die deutsche Regierung unter ganz anderen Voraussetzungen unter den Eindruck der Anschläge vom 11. 9. 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon entschieden hat, sich an Einsät-

zen zur Terrorbekämpfung und zur Stabilisierung Afghanistan zu beteiligen und weil wir jetzt nicht wissen, wie wir diesen Einsatz verantwortungsvoll beenden können.

Frage 2: Was machen die Bundeswehreinheiten, die deutschen Polizeikräfte und die mit dem „zivilen Aufbau“ beschäftigten Deutschen in Afghanistan?

Antwort: Sie versuchen in sehr kurzer Zeit (d.h. in den Entscheidungsjahren 2010 und 2011) Verhältnisse in Afghanistan herzustellen, die einen kurzfristigen, das Ge-

sicht währenden Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ermöglichen.

Frage 3: Wie bekommen wir die Bundeswehr so kurzfristig aus Afghanistan heraus, wie es die Menschen von uns erwarten?

Antwort: ???

Aus den Veranstaltungen in Abteilungen, Kreisversammlungen, Sitzungen des FA I, der Berliner Linken, des Landesvorstands, aber auch der Afghanistan-Debatte auf dem Landesparteitag am letzten Wochenende, die ich in den letzten Wochen

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

und Monaten begleiten konnte, spricht eine tiefe Ratlosigkeit. Das Bauchgefühl sicher nicht nur der Berliner SPD-Mitglieder sagt: „Nichts wie raus aus Afghanistan und zwar so schnell wie möglich!“. Aber das gleichfalls vorhandene Verantwortungsgefühl für die Menschen in Afghanistan, vor allem für Frauen in den städtischen Regionen, die unter dem Schutz der ISAF-Soldaten Rechte wahrnehmen können, von denen sie unter der brutalen Herrschaft der Taliban ausgeschlossen waren, für Mädchen, die jetzt noch zur Schule gehen und vielleicht ein selbstbestimmtes Leben führen können, die Befürchtung, dass alle Erfolge des zivilen Aufbaus, die der ISAF-Einsatz ermöglicht hat und bei dem gerade das deutsche Engagement eine entscheidende Rolle gespielt hat, hält die Initiator/inn/en von Anträgen und Forderungen nach einem frühest möglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan davon ab, sich auf bestimmte Termine und Zeitpläne festzulegen.

Margot Käßmanns Diktum „Nichts ist gut in Afghanistan“ findet weitgehende Zustimmung, aber die Konsequenzen eines sofortigen Abzugs will niemand verantworten.

Auf dem Hintergrund dieser Diskussion bedaure ich es, dass der Vorschlag des FA I auf dem letzten Landesparteitag weder von der Antragskommission noch von der Mehrheit der Delegierten unterstützt worden ist. An die Stelle der undifferenzierten Forderung der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf an die Bundestagsfraktion, sich für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auf der Grundlage eines eigenen Zeitplans, zu dem die Bundesregierung Stellung nehmen soll, einzusetzen ohne zu sagen, wie dieser Zeitplan aussehen soll, einzusetzen, sollten konkrete Handlungsanweisungen an die Bundestagsfraktion und Aufklärungsforderungen an die Regierung gerichtet werden, welche die Voraussetzungen für einen raschen Abzug verbessern könnten.

Das berechtigte gemeinsame Anliegen der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf und des FA I war doch, deutlich zu machen, dass die Verlängerung des deutschen ISAF-Mandats bis Februar 2011 unter dem Bundestagsbeschluss vom Ende Februar und der diesen begründenden Regierungserklärung genannten Bedingungen - Aufstockung des deutschen Truppenkontingent von 4500 auf 5350 Personen, Beginn des Abzugs der Bundeswehr im Jahre 2011 Zug um Zug mit dem Übergang der Sicherheitsverantwortung in Afghanistan von den ISAF-Truppen auf die afghanische Armee und Polizei, ungefähre Verdoppelung der Mittel und Anstrengungen für die Polizeiausbildung und den zivilen Aufbau - die



Karl-Heinz Niedermeyer auf dem SPD-Landesparteitag.

Foto: Horb

Sorgen in der deutschen Bevölkerung hinsichtlich eines Scheiterns des gesamten Einsatzes nicht mehr auffangen kann und dass weiter gehende Entscheidungen schon vor dem Termin der nächsten Mandatsverlängerung notwendig sind.

Maßgeblich für diese weiter schwindende Akzeptanz des Afghanistan-Einsatzes in der deutschen Bevölkerung sind nicht nur die rapide Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan selbst - markiert durch den desaströsen Vorfall in Kundus dem Tod von etwa 140 afghanischen Zivilisten und sieben Todesopfer unter den deutschen Soldaten - und die wachsende terroristische Bedrohung im eigenen Land als gefühlte Folge des Afghanisitan-Einsatzes, sondern auch die wachsende Einsicht, dass Deutschland immer weniger in der Lage ist, die Opfer und Kosten des Afghanistan-Einsatzes zu verkraften.

UNTERSCHIEDLICHE SICHT IN DEUTSCHLAND UND DEN USA

Wir sind einfach - im Gegensatz etwa zu der Bevölkerung der USA, für die die eigenen Soldaten, welche in Krisengebieten die eigene Sicherheit, im Zweifelsfalle aber auch die eigene Weltmachtstellung zu verteidigen, zuerst einmal Helden sind, deren Nimbus die Politiker nicht ohne Weiteres in Frage stellen können - nicht bereit und in der Lage, tausende von Menschenleben - ob nun aus der Bevölkerung des Krisengebietes selbst oder aus der eigenen Truppe - aufs Spiel zu setzen und einen großen Teil des Bruttosozialprodukts zu verbrennen, um unsere weltweiten Interessen auch mit militärischen Mitteln sicher zu stellen.

Der als nicht zu rechtfertigen angesehene Tod von afghanischen Zivilisten bei dem Vorfall von Kundus erzwang den Rücktritt des verantwortlichen Verteidigungsminister Jung, der Tod einzelner deutscher Soldaten in Afghanistan veranlasst die Bundeskanzlerin, an der entsprechenden Trauerfeier teilzunehmen, die auch durch den Afghanistan-Einsatz steigenden Kosten für die Verteidigung veranlassen den Verteidigungsminister, im Rahmen der laufenden Spardebatte über eine drastische Verklei-

nerung der Bundeswehr nachzudenken und die Wehrpflicht in Frage zu stellen.

Die Stimmungslage in Deutschland ist eindeutig: Ein „Weiter so“ in und mit Afghanistan ist nicht mehr durchzuhalten und der Glaube daran, dass unter der Mitwirkung der Bundesregierung ein Strategiewechsel in Afghanistan stattgefunden hat oder zumindest im Gange ist, der die Dinge zum Besseren wendet, ist nicht vorhanden oder schwindet immer mehr, ebenso der Glaube, dass der seit Jahren angekündigte und nur in Spurenelementen eingelöste Strategiewechsel seine Ziele auch erreichen wird.

VON DER BUNDESREGIERUNG AUFKLÄRUNG VERLANGEN

Das Bauchgefühl „Raus aus Afghanistan!“ ohne eine konkrete Exit-Strategie reicht aber nicht aus, um mit dem Problem fertig zu werden. Ich denke, es ist eine Ziel führende Strategie, von der Bundesregierung Aufklärung zu fordern, in welchem Umfang der angekündigte Strategiewechsel bisher umgesetzt wurde, wie viele deutsche Soldaten derzeit tatsächlich in Afghanistan eingesetzt werden und welche Truppenzahl in den nächsten Jahren für nötig erachtet werden (wenn man einen Zeitplan haben will, dann kann man diesen aus den von der Bundesregierung genannten oder verschwiegenen Truppenzahlen entnehmen), vor allem aber welche Kosten Deutschland für den Afghanistan bei einem vollständigen Rückzug im Jahre 2011 bzw. für jedes weitere Jahr entstehen werden, die dieser Einsatz fortgeführt wird.

Hierzu gibt es eine sehr aufschlussreiche Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit dem Titel „Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan“ nach der die Gesamtkosten für den deutschen Afghanistan-Einsatz seit 2001 je nach der weiteren Dauer und dem weiteren Umfang des Einsatzes zwischen 18 und 92 Mrd. E. liegen werden.

Wir sollten die an der Parteibasis mit großem emotionalem und moralischen Engagement und bemerkenswertem Sachverstand geführte Diskussion zu Afghanistan auf der Basis von greifbaren Fakten und im Lichte der auch hier vorgetragenen Einsichten problem- und entscheidungsorientiert weiterführen, solange es noch andere Optionen gibt als den letzten Hub-schrauber mit der deutschen Einsatzleitung, der vom Flughafen Kabul abhebt.

Die Diskussion sollte nicht erst kurz vor dem Termin einer erneuten Mandatsverlängerung so konkrete Formen annehmen, dass die notwendigen Entscheidungen möglich werden. Der FA I wird diese Diskussion weiterhin verantwortungsvoll begleiten. **Karl-Heinz Niedermeyer** □

Bildungspolitik:

Förderung muss gerechter werden

Swen Schulz: Schwarz-gelb setzt in der Hochschulpolitik die falschen Prioritäten

Erst waren die protestierenden Studierenden nach Auffassung der Bundesbildungsministerin Schavan „Ewiggestrige“. Doch die CDU-Politikern hatte schnell gespürt, dass sie sich mit dieser aggressiven Rhetorik aufs Abstellgleis begibt. Darum änderte sie ihren Kurs, zeigte Verständnis, sprach von Defiziten und lud zu einem „Bologna-Gipfel“ ein.

Und sie kündigte Verbesserungen beim BAföG an. Das wurde selbstverständlich allerorten begrüßt - wobei nicht nur bei mir eine Skepsis blieb. Die war, wie sich herausstellte, nur zu sehr begründet. Denn erstens fiel die vorgeschlagene BAföG-Novelle in ihren Verbesserungen recht bescheiden aus. Zwei Prozent höhere Bedarfssätze, drei Prozent höhere Freibeträge: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber - auch nach Auffassung aller Sachverständigen in der Bundestagsanhörung - nicht ausreichend. Denn es sind weiterhin in erster Linie finanzielle Probleme, die die Aufnahme eines Studiums oder die schulische Fortbildung verhindern oder zu einem Abbruch führen. Gleichwohl ist das besser als nichts.

Aber: Zeitgleich hat die Regierungskoalition ihren Gesetzentwurf für ein „Nationales Stipendienprogramm“ eingebracht. Demnach sollen künftig begabte Studierende unabhängig von ihrem Einkommen bzw. von dem der Eltern mit 300 Euro monatlich gefördert werden. Die Hälfte des Stipendiums soll von privater Seite, also von Wirtschaftsunternehmen, Vereinen oder Privatpersonen kommen. Die tatsächlichen Kosten jedoch fallen am Ende zum größten Teil doch beim Staat an, da die Stipendien steuerlich absetzbar sind. Und den Verwaltungsaufwand trägt natürlich auch der Staat.

Dieses System ist auch deshalb ungerecht, weil Studien zufolge Stipendiaten/innen überwiegend aus gut verdienenden Akademikerfamilien kommen. Mehr als die Hälfte kommt aus „hoher sozialer Herkunft“. In der Studentenschaft macht die Zahl der Studierenden aus „hoher sozialer Herkunft“ aber nur 3 Prozent aus. Nun gibt es ja bereits Stipendien der Begabtenförderwerke aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, die Studienstiftung des Deutschen Volkes. Die vergeben Stipendien im Wesentlichen einkommensabhängig. Dieses neue Gesetz soll offenkundig denen mehr verschaffen, die es nicht benötigen. Hinzu kommt, dass die MittelgeberInnen entscheiden können, für welche Fachrichtung oder welchen Studiengang ihre Stipendiengelder verwendet



Swen Schulz ist stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

werden. Geldgeber haben damit ein weiteres Einfallstor, um Einfluss auf die Hochschulpolitik zu nehmen. Es wird massive Probleme für Hochschulen in strukturschwachen Regionen bzw. für wirtschaftlich eher uninteressante Studiengänge geben, die notwendigen Mittel für die Stipendien einzuwerben. Es gibt viele weitere Kritikpunkte, die von fast allen Sachverständigen bis hin zu den Studierenden und aktuellen Stipendiaten/innen moniert werden. Die Anhörung im Bundestag zu diesem Gesetz war ein Desaster für CDU, CSU und FDP - was die natürlich nicht daran hindert hat, das durchzuziehen!

FALSCHER POLITIK VERHINDERT VERBESSERUNGEN BEIM BAFÖG

Das ist falsche Politik - und verhindert deutlichere Verbesserungen beim BAföG. Gut 300 Millionen Euro sind für die Stipendien an öffentlichen Mitteln eingeplant. Würde man diese Mittel stattdessen für eine Erweiterung des BAföG - verbunden mit einer Anhebung der Freibeträge um 10% - verwenden, könnte man erheblich mehr Studierende über ein sozial gerechtes System fördern.

Das BAföG ist und bleibt das zentrale Instrument der Ausbildungsförderung. Denn es formuliert - ganz im Gegensatz zum Nationalen Stipendienprogramm - einen Rechtsanspruch auf Unterstützung. Alle können sich ausrechnen und darauf verlassen, das und was sie erhalten. Diese neue Schwerpunktsetzung auf Stipendien ist schlichtweg falsch! Und nicht nur ich habe den Eindruck gewonnen, dass die bescheidene BAföG-Novelle ein Feigenblatt für das neue Stipendienprogramm sein soll.

Darum haben wir das Gesetz zum Stipendienprogramm abgelehnt und darüber

hinaus einen umfassenden Antrag mit Verbesserungsvorschlägen für das BAföG vorgelegt sowie einen begleitenden Entschließungsantrag formuliert. Alles, übrigens auch die Anträge von Linken und Grünen, wurden von schwarz-gelb vom Tisch gewischt. Mit der Opposition mag man so ja vielleicht umgehen können. Doch gleichzeitig wurden auch praktisch alle Ratschläge der Sachverständigen ignoriert. In diesem Stil können die nötigen Verbesserungen nicht erreicht werden.

Worum ging es im Einzelnen? Ich kann hier nicht mit alle Punkte aufzählen, daher nur einige zentrale Forderungen von uns und den Sachverständigen: Die Bedarfssätze müssten stärker steigen. Wir haben drei Prozent gesagt, andere forderten sogar noch mehr.

Wir wollten aber erstens im realistischen Rahmen bleiben und zweitens den Schwerpunkt auf Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten setzen. Und dies durch mehrere Maßnahmen: Durch die deutliche Anhebung der Einkommensfreibeträge um zehn Prozent, durch die Anhebung des Vermögensfreibetrages, durch die Verlängerung der maximalen BAföG-Bezugsdauer auf Regelstudienzeit plus zwei Semester, durch die stärkere Anerkennung von Kindererziehungszeiten sowie erstmalig von Pflegeleistungen, sowie durch die starke Anhebung der Altersgrenzen.

Darüber hinaus, ebenfalls ein immer wieder genannter Punkt: wir wollen die Förderlücke zwischen dem Abschluss des Bachelor-Studiums und der Aufnahme des Master-Studiums, die bis zu vier Monate dauern kann, wo dann kein BAföG mehr gezahlt wird, schließen.

Dazu sollte eine Unterstützung für diejenigen kommen, die zwar kein BAföG (bzw. nicht die Vollförderung) erhalten, aber gleichwohl eine Förderung zur Finanzierung der Ausbildung benötigen. Für diese Gruppe sollte als Ergänzung des bisherigen BAföG eine zweite Einkommensgrenze mit dem Anspruch auf ein zinsloses Darlehen eingeführt werden.

In der Bundestagsdebatte habe ich deutlich gemacht: Man muss nicht alle unsere Vorschläge eins zu eins umsetzen. Und man kann an verschiedenen Stellen auch gut begründet verschiedener Meinung sein. Doch sich der Diskussion gar nicht stellen, so wie schwarz-gelb das getan hat, ist starrsinnig und hilflos. Bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat das Stipendiengesetz ablehnt - und vielleicht sogar noch Verbesserungen beim BAföG vornimmt.

Swen Schulz □

Dokumentation:

Freuen wir uns an unserer Demokratie?

Auszüge aus der Rede von Gesine Schwan zum 17. Juni

Gesine Schwan hat ihre Rede zum Gedenken an den 17. Juni 1953 vor dem Deutschen Bundestag zu einem Nachdenken über den Zustand der Demokratie genutzt und den Bogen vom Aufstand in der DDR über den Freiheitskampf 1989 bis in die Gegenwart geschlagen. Dafür ist sie vor allem aus den Reihen der CDU heftig kritisiert worden. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus der Rede.

Heute leben wir im vereinigten Deutschland in einem demokratischen freiheitlichen Rechtsstaat. Freuen wir uns an unserer Demokratie? Und über die freien Wahlen? Und über die am 17. Juni ebenfalls unter Lebensrisiken geforderte freie Presse? Würden die Deutschen heute in Scharen auf die Straße gehen, wenn diese Freiheiten, sagen wir einmal: „vorübergehend ausgesetzt“ würden, um mit starker Hand, unbehelligt von streitenden Parteien, Wahlkämpfen und verwirrenden Medien erst einmal die Krise zu überwinden und die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen?

WIE FIT IST DIE DEMOKRATIE?

Immerhin entstehen heftige Proteste, wenn im Internet die Freiheit eingeschränkt werden soll. Das Internet ist für viele insbesondere junge Menschen ein neuer Lebensraum. Sollen hier nur der individuelle Bereich, das private Interesse geschützt werden? Freiheit also als individuelle Willkür, die das Ganze aus dem Blick verloren hat? Oder birgt der Reflex, sie zu schützen, auch ein umfassenderes politisches Potenzial? Macht Freiheit im Internet die traditionell demokratische Wahl- und Pressefreiheit überflüssig? Oder handelt es sich immer um dieselbe Freiheit nur in unterschiedlichen Facetten?

Zurück in eine Diktatur will heute kaum einer. Aber viele plagen heftige Zweifel an der Fähigkeit der politischen Demokratie, die drängenden Probleme zu lösen, etwa Regeln für die globale Wirtschaft zu etablieren, die die grundlegenden Bedürfnisse der Bürger nach Freiheit und Sicherheit zu schützen vermögen. Beunruhigten muss überzeugte Demokraten die Gleichgültigkeit vieler gegenüber Wahlfreiheit und Wahlen, weil die Parteien sich im Handeln nach der Wahl angeblich doch nicht voneinander unterscheiden und ihre Versprechen nicht einlösen.

Ein Gefühl der Ohnmacht und der Ungerechtigkeit hat sich in unserer Demokratie ausgebreitet. Umfragen zeigen, dass die



Gesine Schwan, neue Präsidentin der Berliner Humboldt Viadrina School of Government, war 2009 Präsidentschaftskandidatin der SPD.

Foto: Horb

Einstellung zur Demokratie stark von solchen Benachteiligungs- und Ungerechtigkeitsgefühlen abhängt.

Und ist es denn noch als gerecht zu bezeichnen, wenn Milliardenbürgschaften, die wahrscheinlich notwendig waren, für die Rettung des Bankensystems ausgegeben werden und kurz danach Banken Milliardengewinne einstreichen, die von eben dieser Rettung ihrerseits profitiert und von denen viele sich zuvor an der Gefährdung des Systems beteiligt haben, z.B. durch unverantwortliche Verbriefungen oder Werten?

Muss die Distanz zu unserer Demokratie nicht wachsen, wenn sie angesichts von noch mehr Millionären nach, ja infolge der Krise nicht zur Kasse gebeten und umgekehrt trotz einer drastischen und beschämenden Kinderarmut – über zwei Millionen Kinder wachsen in unserem reichen wiedervereinigten Deutschland armutsgefährdet auf und haben kaum eine reelle Chance auf angemessene Bildung und auf die Freiheit, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen –, wenn angesichts dessen bei Familien und Hartz-IV-Empfängern, viele von ihnen alleinerziehende Mütter, gespart würde?

Wenn die kommunalen Haushalte, die auch durch die Bankenrettung ausgeblutet sind, ihren Aufgaben gerade gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft nicht mehr nachkommen können? Das wäre eine Normerhöhung besonderer Art. Um an den 17. Juni 1953 zu erinnern.

ES GÄRT UNTER DER OBERFLÄCHE

Steht uns im vereinigten Deutschland ein neuer 17. Juni bevor? Sicher nicht. Doch dass es unter der Oberfläche gärt, kann man nicht abstreiten. Vor allem die Gefahr ohnmächtiger Wut nimmt zu, die sich als politisch ungezielte Gewalt äußert, z. B. gegen Schwächere, um sich irgendwo doch stark zu fühlen.

RESPEKTVERLUST GEGENÜBER ANDEREN MENSCHEN

Wir registrieren einen Respektverlust gegenüber anderen Menschen. Die sich häufenden Angriffe auf Polizisten, die gerade an diesem Wochenende einen neuen und bestürzenden Höhepunkt erreicht haben, sind nur ein Zeichen dafür. Oder die Menschen richten ihre Wut gegen sich selbst, werden angstvoll depressiv. Depression ist heute vor Krebs- und Herzerkrankungen die am meisten verbreitete Volkskrankheit. Normerhöhungen gab es nicht nur im Kommunismus. Sie sind auch Alltag im Kapitalismus und haben in großen Unternehmen wie France Télécom, Renault-Nissan und den chinesischen Zulieferern von Apple und Dell in der letzten Zeit zu erschütternden Selbstmorden geführt.

Das von manchen mit klammheimlicher Bewunderung als Alternative zu unserer freiheitlichen Demokratie betrachtete China, in dem der Gegensatz zwischen arm und reich ebenfalls drastisch angewachsen ist, hat offenbar zunehmend mit sozialen Unruhen zu rechnen. Wie Gewalt weltweit um sich greift, sehen wir jeden Abend im Fernsehen. Bei uns in Deutschland sind diese Entwicklungen bisher nicht sensationell-plakativ, sondern finden unter der Oberfläche statt. Das macht sie umso gefährlicher. Denn sie bergen individuelle Tragödien und unterminieren in der Summe unsere Demokratie, ohne dass uns dies sofort bewusst würde.

DEMOKRATIE KEIN ALLHEILMITTEL?

Offenbar ist also auch die Demokratie kein Allheilmittel gegen soziale Verwerfungen. Doch bedeutet dies, dass sich die Aufständischen vom 17. Juni geirrt haben? Waren ihre Forderungen naiv, zeigten sie in die falsche Richtung? Helfen freie Wahlen und eine freie Presse für die Lösung unserer Probleme gar nicht weiter? Sind unsere

Fortsetzung Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

demokratischen Regierungen und Parlamente am Ende genauso hilflos wie das Politbüro der SED?

Nein, definitiv nicht, weil Rechtsstaat, freie Wahlen und freie Medien die unabdingbare und auch aussichtsreiche Voraussetzung dafür bieten, unter den gegenwärtig für viele verwirrenden Bedingungen Abhilfe zu schaffen. Unsere Regierungen und Parlamente sind nicht hilflos wie die damalige Ostberliner Regierung, wenn sie uns als verantwortliche freie Bürger mehr als bisher einbeziehen und wenn wir umgekehrt als verantwortliche Bürger uns mehr als bisher für gemeinwohlverträgliche Lösungen engagieren.

Die Repression, mit der die SED am 17. Juni reagierte, war eine Kapitulationserklärung. Seit 1953 wurde die DDR mehr und mehr abgeschottet und sie blieb es bis 1989. Angesichts der Übermacht der ökonomischen Probleme in der DDR blieb der Führung nur die Aussetzung der letzten bürgerlichen Freiheiten, die es bis dato noch gegeben hatte. Nur so ließ sich das Zwangssystem der Planwirtschaft verteidigen.

**DIE ANTWORT AUF DIE KRISE
HEISST: MEHR DEMOKRATIE**

Heute stehen wir vor einer ähnlich schwierigen Situation. Die Finanz- und Wirtschaftskrise spannt unser System bis zur äußersten Grenze an. Doch der autoritäre Weg, die Folgen der Krise durch weniger Demokratie gleichsam beiseite zu drücken und zu überspielen, ist uns verwehrt. Das lehrt uns das Beispiel des 17. Juni. Wir dürfen auf die das ganze System herausfordernde Krise nicht mit weniger, sondern wir müssen mit mehr Demokratie darauf antworten. Nur so können wir unsere Probleme nachhaltig, weil gemeinwohlorientiert lösen.

Unsere Verfassung bietet uns die politische Freiheit, unser Gemeinwesen mitzugestalten, nicht als Ware an, die wir einfach individuell für unsere privaten Zwecke konsumieren können, sondern als eine verantwortliche Aufgabe, die uns auch in die Pflicht nimmt, an der Stelle, an der wir jeweils stehen, für gute Lösungen zu sorgen. Das gilt für jeden Einzelnen in unserem Land. Je mehr soziale, politische, ökonomische Macht wir haben, desto mehr. Wer ungeniert nur sein Einzelinteresse verfolgt und sich leichtsinnig auf Inseln der Macht und des Reichtums abschottet, gefährdet die Demokratie und seine eigene freiheitliche Zukunft. Die am 17. Juni geforderte Freiheit ist ein hohes unverzichtbares Gut und zugleich eine – manchmal anstrengende, unbequeme – Verpflichtung für uns alle, nicht nur für die Politik. Je verantwortlicher wir dieses Gut bei Wahlen oder im öffentli-



Denkmal für die Opfer des 17. Juni an der Leipziger Straße: Rosen von der SPD Mitte. Foto: Horb

chen Engagement handhaben, desto besser sind auch demokratische Politikerinnen und Politiker in der Lage oder sogar gezwungen, sich genauso verantwortlich zu verhalten. Am besten ist es, wenn wir diese Verantwortung nicht so sehr als bedrohliche Pflicht, sondern als stimulierende Chance begreifen, die Ressource zu mobilisieren, die uns immer bleibt: unsere Fantasie, unsere Tatkraft und unsere Freude am eigenen Vermögen, etwas zum Guten zu verändern.

Eine allgemeine Klage über den moralischen Verfall der Politik oder anderer Verantwortungsträger, oder darüber, dass man eine Freiheit nicht mehr schätzt, die man selbstverständlich besitzt, hilft nicht weiter. Solche Anklagen verweisen immer auf andere. Wir müssen aber alle selbst ran. Bundespräsident Heinemann hatte Recht, als er daran erinnerte, dass immer drei Finger auf uns zurückweisen, wenn wir unseren Zeigefinger auf andere richten.

**WAS HEISST: MEHR
DEMOKRATIE?**

Was folgt daraus? Was heißt heute „mehr Demokratie“? Unsere Politik steht vor neuen, größeren Herausforderungen als in den fünfziger Jahren, weil Nationalstaaten angesichts der ökonomischen Globalisierung erheblich an Einfluss auf die sozialen Folgen des Wirtschaftens z.B. in Sachen Arbeitslosigkeit, soziale Absicherungen, Steuerpolitik etc. verloren haben und weil zentrale Aufgaben z.B. in Bezug auf Klima, Energiesicherung, Gesundheit praktisch nur noch global angegangen werden können. Wir erleben dies gegenwärtig hautnah mit dem Ringen um internationale Finanzmarktregeln. In allen Nationalstaaten versuchen aber mächtige gesellschaftliche Gruppen und Institutionen, Regeln zu ver-

hindern, die ihren Partikularinteressen widersprechen. Der Vorteil der freiheitlichen Demokratien liegt darin, dass man ihnen öffentlich auf die Spur kommen und ihnen deshalb begegnen kann.

**INTERESSENSVERTRETUNG
GEHÖRT ZUM SYSTEM**

Denn demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen gehen eben aus Gesellschaften mit durchaus unterschiedlichen Interessen hervor, die bei uns über die Parteien auf die Entscheidungen Einfluss nehmen. Das ist legitim. Interessensvertretung gehört zum System. Gefährlich für demokratische Politik, die ein verträgliches Maß an Gerechtigkeit als gleicher Freiheit wahren oder herstellen muss, sind ihre unterschiedlichen und auch grenzüberschreitenden Machtpotenziale und ihre Undurchsichtigkeit.

Wenn sie die nationalen Politiken eben diesen grenzüberschreitenden Partikularinteressen unterwerfen – dies ist gegenwärtig das zentrale gravierende Problem –, müssen aus der Zivilgesellschaft heraus ebenso grenzüberschreitende Lobbys diese Interessen transparent machen, die Öffentlichkeit mobilisieren und Lösungsvorschläge so propagieren, dass Regierungen und Parlamente ebenso wie die Parteien ihre Gemeinwohlaufgaben wieder wahrnehmen können.

**KONFLIKT UND KOOPERATION
GEHÖREN ZUSAMMEN**

Das ist mühsam, hat aber global schon zu erheblichen Bewusstseinsveränderungen geführt, die demokratischer Politik, z.B. in Sachen Umwelt, in einer Art „antagonistischer Kooperation“ Hilfe leisten können. So vermag sich demokratisch gewählte Politik durch eine konfliktreiche Zusammenarbeit mit der organisierten Zivilgesellschaft zu stärken. In ihr spielen die „antagonistisch kooperierenden“ Gewerkschaften eine zentrale, ganz unverzichtbare Rolle. Konflikt und Kooperation gehören in der Demokratie überall untrennbar zusammen.

**POSITIVE POLITISCHE ZIELE
MARKIEREN**

Dabei muss sich die demokratisch gewählte Politik allerdings zugleich mehr als in letzter Zeit erkennbar auf ihre Aufgabe besinnen, ihrerseits umfassendere und positive politische Ziele zu markieren und dafür auch, gegebenenfalls mit Risiko, zu kämpfen. Gerade in einer akut unübersichtlichen schwierigen Lage braucht es einen erkennbaren langfristigen Kompass, um Unterstützung und Vertrauen in der Gesellschaft zu gewinnen.

Fortsetzung Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

Schließlich brauchen wir auch die Kooperation des Privatsektors, der Firmen und Unternehmen, um gegen mächtige Partikularinteressen gemeinwohlfördernde Regeln grenzüberschreitend durchzusetzen. Es gibt immer mehr Unternehmen, die dies erkennen und sich u.a. um ihres guten öffentlichen Rufes willen freiwillig daran beteiligen. Aber das sind noch viel zu wenige, und die Versuchung, nur Public Relations zu machen, ist groß. Immerhin gibt es globale Initiativen, in denen alle drei Akteure, die für eine „good global governance“ wichtig sind, zu beachtlichen Ergebnissen führen. Dazu gehört die Extractive Industries Transparency Initiative, die ebenfalls aus der organisierten Zivilgesellschaft hervorgegangen ist und inzwischen von der Weltbank, dem Weltwährungsfonds, der G 8 und informell auch der G 20 mitgetragen wird, um weltweit Transparenz im schicksalsträchtigen Rohstoffsektor herzustellen.

PRODUKTIVITÄT DER MARKTWIRTSCHAFT

Karl Marx hat an die produktive Mithilfe des kapitalistischen Privatsektors für demokratische Lösungen nicht geglaubt. Aber wir können die kapitalistische Marktwirtschaft nicht abschaffen, wir brauchen ihre Produktivität, die ebenfalls aus der Freiheit rührt, und wir kennen auch keine anti- oder nicht-kapitalistische Marktwirtschaft. Wir müssen sie also doch politisch bändigen.

Die neuen Erfahrungen zwingen uns deshalb, von machtvollen Interessenvertretern zu verlangen, dass sie sich gegen öffentliche Kritik nicht hinter einer geschlossenen Marktideologie verschansen, wie ehemals Marxisten-Leninisten hinter ihrer ebenso geschlossenen Herrschaftsideologie. Der globale Wettbewerb darf nicht mehr als immunisierende Abwehrstrategie gegen Gerechtigkeitsforderungen oder zählende Regeln dienen. Hier ist eine erneute Hybris aufgekommen. Auch die sachlich richtige Forderung, Regeln international bzw. global durchzusetzen, um Schlupflöcher zu stopfen, sollte nicht als fadenscheiniges Argument gegen mögliche regionale oder auch nationale Lösungen eingesetzt werden.

EINEN NEUEN GRUNDKONSENS ERARBEITEN

Damit demokratische Politik eben besser als kommunistische Politik Freiheit und Recht sichert, müssen wir an einem neuen Grundkonsens in der Gesellschaft über Grenzen der Unfreiheit, der Ungerechtigkeit und der Uneinigkeit arbeiten.

Anders als der Kommunismus setzt de-



Bei der Rede im Bundestag: Gesine Schwan.
Foto: (c) Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

mokratische Politik keine neuen Menschen voraus, maßt sich auch nicht an, sie zu schaffen. Aber ohne „Bürgertugenden“, ohne ein Grundmaß an Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeitssinn und Gemeinwohlverantwortung bei uns allen kann das für Freiheit und Demokratie notwendige Vertrauen nicht entstehen.

Das gilt besonders für diejenigen, die Macht haben: in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in den Medien, unter Ärzten und Rechtsanwälten. Demokratie gelingt nicht in einer Welt von „Teufeln“ oder von notorischen Tricksern.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ werden uns nicht vom Grundgesetz in den Schoß gelegt, sondern entstehen allererst durch gemeinsames politisches Handeln

Rede und Reaktion

Die CDU hat mit deutlicher Kritik auf die Rede von Gesine Schwan reagiert. Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Selbstverständlich steht es Frau Schwan frei, auch grundlegende Kritik am Kapitalismus zu üben oder die Politik der Bundesregierung zu kritisieren. Eine Gedenkrede zum 17. Juni im Bundestag ist allerdings weder der richtige Zeitpunkt noch der richtige Ort dafür.“ „Schwans misslungener Vergleich“ überschreibt „zeit online“ den Bericht über die Rede. Thomas Schmid wirft Gesine Schwan in der „Welt“ vor: „Das ist eine gefährliche Rede. Denn hier schürt Gesine Schwan den Verdross, den sie doch bekämpfen will. Denn im Grunde sagt sie, dass die Institutionen dieses Staates zu schwach sind, die großen anstehenden Probleme zu lösen. So erscheint das Gefüge der Demokratie als ein hilfloses Mängelwesen. Frau Schwan hat sich im Ton vergriffen.“ □

der Bürger. Nicht zufällig sind Menschen, die sich in der Demokratie engagieren, mit ihr auch zufriedener. Verständigung ist die Voraussetzung gemeinsamen politischen Handelns.

MEHRHEIT, MINDERHEIT UND PARTNERSCHAFT

In unserer immer vielfältigeren Gesellschaft – diese ist eine unvermeidliche Folge der Globalisierung – kann gemeinsames Handeln allerdings nur gedeihen, wenn die Bürger sich um Verständigungsbereitschaft bemühen – zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen (die unter sich auch wieder sehr verschieden sind), zwischen Alten und Jungen, zwischen hier Geborenen und neuen Einwanderern. In diesem Bemühen führt der Begriff „Mehrheitsgesellschaft“ in die Irre, weil er Unterordnung von Minderheiten suggeriert, wo erst partnerschaftliche Verständigung gemeinsames Handeln ermöglicht. Jeder von uns ist selbst in unserem Land in irgendeiner Hinsicht in der Minderheit. Wir alle aber sind durch unser vorzügliches Grundgesetz gebunden.

RECHT UND FREIHEIT DÜRFEN KEINE FLOSKELN WERDEN

Verständigung steht auch der Rechthaberei entgegen, die den Balken im eigenen Auge übersieht. Sie braucht die menschliche Reife, Ambivalenzen in schwierigen Lebensentscheidungen auszuhalten. Opportunistisches Verhalten, das der Demokratie mit Sicherheit schadet, hat es in beiden deutschen Nachkriegssystemen gegeben. Im Kommunismus aufgrund des politischen Regimes oft mit weiter reichenden bösen Folgen. Aber hier war auch der Druck auf die Menschen viel höher. In Wahrheitskommissionen können Wunden geheilt und notwenige moralische Werte wieder hergestellt werden. In Tribunalen gelingt das sicher nicht.

Was können wir aus dem 17. Juni 1953 lernen? Die Forderungen der Aufständischen nach Recht und Freiheit sind ganz und gar aktuell. Aber sie dürfen nicht zu leeren Floskeln verkommen. Wir müssen aus Ihnen lebendige Antworten auf unsere neuen globalen Herausforderungen entwickeln, wenn wir Recht und Freiheit nicht unter der Hand verlieren wollen.

Wenn wir es aber schaffen, uns darüber zu verständigen und gemeinsam politisch zu handeln, dann können uns Einigkeit und Recht und Freiheit gelingen, dann sind sie des Glückes Unterpfand! Dann erweisen wir uns der Aufständischen des 17. Juni als würdig. Wir verneigen uns vor den Toten und bezeugen ihrem Mut unseren Respekt und unseren andauernden Dank!

Gesine Schwan □

Verdienste

Auf der unübersehbar nach oben offenen Ackermann-Skala, die das Einkommen der deutschen Topverdiener verzeichnet, erreichen die Zahlen erneut traumhafte Werte.

Demgegenüber ist zu vermerken, dass in Fragen des Mindestlohns jede Bewegung stagniert. Insbesondere in Verbindung mit Attributen wie „flächendeckend“ ist nach Meinung von gutbezahlten Experten der Ruin der Wirtschaft nicht mehr zu vermeiden.

Gewisse Zusammenhänge sind da nicht auszuschließen.

Derart gut informiert verkündet denn auch Frau Ungelenk mit warnender Stimme, dass es mit ihr nicht zu machen sei. Statt dessen empfiehlt sie ein Ende der Neiddebatte.

Doch die Erklärung dafür, dass jemand an einem Tag soviel verdienen soll, wie ein anderer in einem ganzen Jahr kann man von ihr wohl auch nicht erwarten.
© Günther Bach

SPD-Mitglied mit „spitzer Feder“

Günther Bach

Beim Besuch zu seinem 75. Geburtstag erzählte mir Günther Bach, dass er auch politische Gedichte schreibt. Er gab mir einige zu lesen und da stellte ich fest, die Feder ist ganz schön „spitz“!

Günther Bach, von Beruf Architekt, auch als Rentner noch begeisterter Hobby-Bogenschütze mit Teilnahme an deutschen Meisterschaften und Verfasser von politischen Gedichten und Romanen ist Mitglied der SPD in Marzahn-Hellersdorf seit 1990 und hat anfangs auch als Mitglied der BVV mit dazu beigetragen, die friedlich erkämpfte Freiheit zu erhalten und die Demokratie mit aufzubauen.

In diesem Jahr erhielt Günther Bach den 2. Preis im Literaturwettbewerb „Soziale Balance“ für sein Gedicht „Die Gipfelstürmerin“.

Christiane Uhlich, stellv. Vorsitzende

Korruptives Syndrom

Die eine Hand, die die andere wäscht - in aller Unschuld, versteht sich: im Zweifelsfall ist es immer die linke, die nicht weiß, was die rechte tut.

Sicher ist sicher.

Sich nicht erinnern zu können, an empfangene wie auch erwiesene Wohltaten, ist fester Bestandteil des Umgangs gewisser gehobener Kreise.

Diese Spezialform der Amnesie ist immer beschränkt auf Namen, Daten und Zahlen. Für den genetischen Ursprung dieses Defekts fehlt zwar der klinische Nachweis, dennoch scheint er irgendwie erblich.

Das typische Krankheitsbild nimmt immer den gleichen Verlauf: Erst im akuten Belastungsfall zeigen sich die Symptome, klingen jedoch schnell wieder ab, wenn der Befund geklärt ist.

Jeder Versuch einer Therapie hat sich als bisher nutzlos erwiesen, doch selten nur konnte seitdem der praktische Nutzen einer bedarfsgerechten Erkrankung so zwingend bewiesen werden.

© Günther Bach

Aufzeichnungen aus dem Insel-Biotop

„war jewesen“: Geschichten aus dem alten West-Berlin

Es war nicht alles schlecht damals. Nein, wirklich nicht. Gut, man lebte irgendwie auf einer Insel, ein wenig abgeschottet, musste Wartezeiten an der Grenze und lange Fahrten einkalkulieren, wenn man mal raus wollte. Und Wohnungsnot herrschte auch. Aber dafür gab es doch auch um Mitternacht noch ein Bier, wenn in Westdeutschland der Wirt schon längst im Hinterzimmer die Sperrstunde eingeläutet hatte.

Gutes altes West-Berlin: In „war jewesen“, von den Herausgebern D. Moritz-Holland und Gabriela Wachter liebevoll zusammengestellt, lebt die Zeit zwischen Mauerbau und Mauerfall 1961 und 1989 wieder auf. Die eigenartige Stimmung im Vorposten der Freiheit, die anarchisch-kreativen Entfaltungsmöglichkeiten, das subversive Leben, der zerstörerische Um-

gang mit den alten Mietskasernen, all das spiegeln die Texte von Bommi Baumann oder Ingeborg Bachmann, von Walter Höllerer oder Horst Bosetzky, von Wolfgang Neuss oder Christiane F. wider. Zu unterschiedlichen Zeiten und in völlig verschiedenen Lebenszusammenhängen sind sie entstanden, doch zeigen sie alle, wie sich die Bewohner der Inselstadt in ihrem Leben ein-



war jewesen, Hrsg. v. D. Holland-Moritz u. Gabriela Wachter, Parthas Verlag, Berlin 2009, 469 Seiten, teilweise farbige Abbildungen, Maße: 13,2 x 20,3 cm, Gebunden, ISBN-10: 3869640146

richteten und sich ihre Träume zu erfüllen suchten. Liebevoll werden Altbauquartiere, und heimelige Buchhandlungen beschrieben, Ausflugsziele oder erfolgreiche politische Aktionen. Und lange Verdrängtes taucht auf, wie die Auszüge aus der Stasi-Akte des West-Berliner Polizisten Kurras.

Dass in Berlin, der zusammenwachsenden Metropole, die Zugereisten frei durch die Stadt streifen und die Ureinwohner in beiden Stadthälften noch immer Grenzen fühlen, hängt mit dem ganz eigenen Lebensgefühl zusammen, das sich im Insel-Biotop entwickeln konnte, das für viele Berliner ihre Jugenderinnerungen ausmacht. „War jewesen“ ist durch seine Zusammenstellung ein vielseitiger Rückblick auf 28 spannende Jahre. Und es ist ein literarisches Lesebuch mit vielen Dokumenten und sehr gegensätzlichen Fotografien.

Ulrich Horb □

Willy Brandt in Erfurt

Wie die Deutschen begannen, wieder miteinander zu sprechen

„Brandt zeigt sich am Fenster, Willy Brandt zeigt sich in der ersten Etage des Hotels, in der Mitte, und das Volk winkt ihm begeistert zu, ruft, Hüte fliegen, Mützen werden geschwenkt, ein gewaltiger Jubel. Willy Brandt scheint sichtlich bewegt zu sein, er nickt nur, er winkt ab und dreht sich um.“ So beschrieb ein Reporter die Eindrücke vom Besuch Willy Brandts in Erfurt am 19. März 1970. Und so haben sie sich auch in das historische Gedächtnis zumindest in Westdeutschland und West-Berlin eingebrannt.

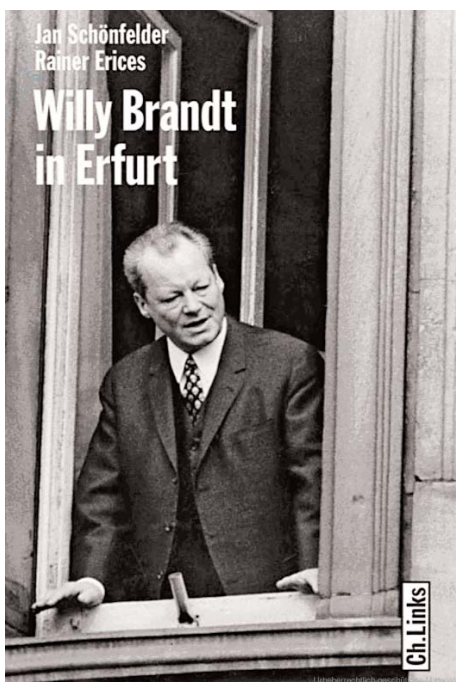
Willy Brandt war zum Hoffnungsträger in West wie Ost geworden. Der Besuch, das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen, war Auftakt von weiteren Gesprächen und Kontakten, die schließlich mehr und mehr Sicherheit und Entspannung brachten. Aber nichts davon war während der Vorbereitungen des Treffens zu spüren.

Es ist ein fast minutiöser Bericht, den Rainer Ericas und Jan Schönfelder vorgelegt haben. „Willy Brandt in Erfurt“ beschreibt die schwierigen Verhandlungen im Vorfeld, die verschiedenen Gesprächskanäle, die Verhandlungsziele der Delegationen und ihre Hoffnungen, es charakterisiert die Unterhändler und hält schließlich den Ablauf des Treffens fest.

Die Autoren mussten sich das 40 Jahre zurückliegende Ereignis über Archivrecherche und Gespräche mit damals Beteiligten erschließen. Dr. Rainer Ericas, Jahrgang 1969, ist aufgewachsen in Leipzig und nach Medizinstudium und Theatererfahrungen seit 1999 freier Journalist. Dr. Jan Schönfelder, Jahrgang 1975; ist aufgewachsen in Neustadt an der Orla. Er studierte Neuere Geschichte, Kunstgeschichte und Literaturwissenschaft in Jena und arbeitet seit 2001 als freier Journalist.

Das kurze Vorwort reißt nur knapp die Situation im geteilten Deutschland 1970 an. Brandt hatte sein Amt am 22. Oktober 1969 übernommen. Bis dahin bestimmte die 1955 festgelegte Hallstein-Doktrin das Klima zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR wurde als „unfreundlicher Akt“ gegenüber der Bundesrepublik angesehen und entsprechend sanktioniert. Im Bundestag stand die oppositionelle CDU den Überlegungen der sozialliberalen Koalition zu einer neuen Ostpolitik zutiefst ablehnend gegenüber.

So war es mit Blick auf die bundesrepublikanische Situation für Brandt ein Wagnis, sich auf direkte Gespräche mit der DDR-Führung einzulassen, wie die Autoren darlegen. Unklar war zudem, ob die SED-



Jan Schönfelder / Rainer Ericas: „Willy Brandt in Erfurt. Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen“ erschienen im Christoph Links Verlag Berlin, 2010, 336 Seiten, 19,90 Euro, ISBN: 978-3-86153-568-3.

Führung überhaupt ein Interesse am Gelingen solcher Gespräche hatte oder nur die Forderung nach vollständiger völkerrechtlicher Anerkennung öffentlichkeitswirksam wiederholen wollte. Erich Honecker, damals schon als potenzieller Nachfolger des ein Jahr später entmachteten Walter Ulbricht gehandelt, polterte vor Schülern der Parteihochschule noch zwei Monate vor dem Erfurter Treffen gegen die SPD: Die „kapitalistischen Ausbeuter“ würden in der Bundesrepublik den 3. Weltkrieg vorbereiten. Und den sozialdemokratischen Führern sei die Funktion zugewiesen worden, „im Kampf gegen den Sozialismus in Europa gegenwärtig den Vorreiter zu spielen“, zitieren die Autoren aus dem „Neuen Deutschland“.

Schnell hatten sich die Gespräche über eine mögliche Begegnung zwischen Brandt und Stoph an der Frage des Treffpunkts festgefahren. Eine Begrüßung Brandts in der „Hauptstadt der DDR“ scheiterte an Statusfragen. Von bundesdeutscher Seite sollte alles vermieden werden, was einer völkerrechtlichen Anerkennung gleich gekommen wäre, die DDR-Seite zielte genau darauf ab. Brandt wollte wie selbstverständlich über West-Berlin einreisen, die SED-Führung lehnte ab. Egon Bahr, der parallel in Moskau Gespräche führte und den sowjetischen Außenminister Gromyko zum Teil besser über den Fortgang der deutsch-deutschen Gespräche in-

formierte als dessen Verbündeter, brachte alternative Treffpunkte ins Spiel. Und wenig später wurde der SED die sowjetische Anregung übermittelt, doch mit der Wahl eines anderen Ortes als Berlin zum Gelingen des Treffens beizutragen. Das Vertrauensverhältnis, das Bahr in Moskau aufbaute, aber auch das ureigene sowjetische Interesse an der Entspannungspolitik zeigten Wirkung. Erfurt wurde als Begegnungsort gewählt.

Mit zahlreichen Details liefern die beiden Autoren eine aufschlussreiche Chronik der Ereignisse, sie stellen die Überlegungen und das Kalkül in Ost und West gegenüber und beleuchten auch die handelnden Personen, insbesondere die Unterhändler Ulrich Sahn für die Bundesrepublik und Gerhard Schüßler für die DDR. Beschrieben werden die vielfältigen Versuche beider Seiten, über inoffizielle Kanäle, vornehmlich Journalisten, Informationen zu übermitteln und so im Vorfeld Konflikte auszuräumen. Mit allerdings mäßigem Erfolg.

Erfurt wird für die DDR zum propagandistischen Desaster, weil trotz aller Vorbereitungen von Polizei und Staatssicherheit (407 Polizisten, 198 MfS-Mitarbeiter und 200 „gesellschaftliche Kräfte“) die Absperungen nichts nutzen und „Willy-Willy-Rufe“ die Berichterstattung in aller Welt bestimmten.

Das wichtigste Ergebnis des Erfurter Treffens war das Treffen selbst. Die Begegnung zwischen Brandt und Stoph war nicht ganz unerwartet - über weite Strecken ein Austausch bekannter Positionen ohne erkennbare Annäherung. Dennoch blieb es ein bewegender Moment. In seinen Erinnerungen schrieb Willy Brandt 1989: „Der Tag von Erfurt. Gab es einen in meinem Leben, der emotionsgeladener gewesen wäre?“ Brandt, der als Regierender Bürgermeister in Berlin den Mauerbau miterleben musste, konnte nun als Bundeskanzler dazu beitragen, sie durchlässiger zu machen. „Und jene, die den Kanzler auf der Fahrt in das andere Deutschland begleitet hatten, berichteten, dass Brandt emotional aufgewühlt in Erfurt angekommen sei und seine Tränen kaum hätte unterdrücken können“, so die beiden Autoren.

Es war eine erste Annäherung, noch ohne den gewünschten Wandel. Der folgte allerdings. Am 12. August 1970 wurde ein Vertrag der Bundesrepublik mit der Sowjetunion geschlossen, am 3. September 1971 das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, Ende 1972 der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Erfurt war Geschichte - eine spannende, wie die Autoren zeigen.

Ulrich Horb □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

Landes Berlin; Prof. Dr. Uwe Berlit, Richter am Bundesverwaltungsgericht; Jan Pörksen; Haushaltsdirektor bei der Senatorin für Finanzen Bremen; Arne Schneider, Erster Stadtrat der Stadt Laatzen. Samstag, 3. Juli, 11.00 bis 14.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin. Anmeldung unter asj@spd.de

■ SPD Reinickendorf / Brigitte Lange, MdB, Jörg Stroedter, MdB und Mechthild Rawert, MdB, **Eröffnung des gemeinsamen Bürgerbüros der Abgeordneten und Wiedereröffnung des SPD-Kreisbüros Reinickendorf**, Samstag, 3. Juli, 12.00 bis 14.30 Uhr, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ Mechthild Rawert, MdB, **Die Auswirkungen des schwarz-gelben „Sparpakets“ auf den Berliner Haushalt**, mit Petra Merkel, MdB und Staatssekretärin Iris Spranger, Montag, 5. Juli, 19.00 bis 21.00 Uhr, Paul-Löbe-Haus, Saal E200 (Eingang West), Bitte anmelden unter Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Fazit: Die WM - ein afrikanisches Wintermärchen?** Public Viewing Halbfinale, anschließend Diskussion mit Pablo Thiam, ehemaliger Nationalspieler Guineas, Andreas Mehler, Direktor des GIGA Instituts für Afrika-Studien, Christian Ewers, Sportredakteur, und Samuel Kuffour, WM-Teilnehmer 2006 für Ghana, Mittwoch, 7. Juli, 17.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin

■ SPD Marzahn-Hellersdorf - AG 60 plus, **Sind unsere Renten noch sicher?** Information und Diskussion rund um die Rente mit Anton Schaaf, MdB und rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Donnerstag, 8. Juli, 19 Uhr, Baukasten, Riesaer Str. 2, 12627 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf, **„Gemeinsam arbeiten - gemeinsam feiern!“** Sommerfest der Arbeitsgemeinschaften, Sonnabend, 10. Juli, ab 15.00 Uhr, Gaststätte „Loretta Kohlhasenbrück“, Neue Kreisstraße 50, 14109 Berlin-Wannsee

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Wilmersdorf Süd, **Kiezfest auf dem Rüdesheimer Platz** am Samstag, 10. Juli, 14.30 bis 18.30 Uhr, Rüdesheimer Platz, 14197 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Sommergespräche 2010** - beim SPD Kiezfest am Rüdesheimer Platz, Samstag, 10. Juli, 14.30 bis 18.30 Uhr, Rüdesheimer Platz, 14197 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Sommergespräche 2010** Dienstag, 13. Juli, 10.00 bis 12.00 Uhr, Wochenmarkt Klausenerplatz, 14059 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Sommergespräche 2010** Mittwoch, 14. Juli 2010, von 10.00 bis 12.00 Uhr, Wochenmarkt Kranoldplatz, 12209 Berlin

■ AG 60plus, **Seniorentreff Berlin**, mit Dr. Eva Högl, Vorsitzende der ASF und Mitglied des Bundestages, zum Thema: Wie wichtig ist die ASF in der SPD? Mittwoch 14.07., 14.00 Uhr Stiftung BSW, Panoramastr. 1, 10178 Bln.-Mitte (am Alex.), Zugang über den Hof, Aufgang links, 3. Etage

■ Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof Schöneberg, **Beratung über das weitere**

Vorgehen nach der Übergabe des Diskussionspapiers an den Kreisvorstand, Donnerstag, 15. Juli, 20 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin. Anmeldung nicht erforderlich, jede/r ist herzlich willkommen, Kontakt: Günter Schwarz, gue.schwarz@web.de

■ Petra Merkel, MdB, **Sommergespräche 2010**, Donnerstag, 15. Juli, 10.00 bis 12.00 Uhr, Wochenmarkt Charlottenbrunner Straße, 14193 Berlin

■ Schwusos Berlin / Tom Schreiber, MdB, (offene) **Landesvorstandssitzung**, Donnerstag, 22. Juli, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 161, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lietzensee**, Samstag, 4. September, 14.30 bis 18.30 Uhr, auf der großen Wiese am Lietzensee, 14057 Berlin

■ SPD Marzahn-Hellersdorf - AG 60 plus, **Stadtrundfahrt durch die City-West bis zum Grunewald** mit Rudi Kujath als Reiseleiter, Samstag, 18. September 2010, Beginn 13.00 Uhr. Treffpunkt: Bushaltestelle am Elsterwerdaer Platz (Biesdorf-Center). Verbindliche Anmeldung bis zum 1. Sept. uhlich@spd-fraktion.net. Kosten 15 €, Schüler, Studenten, Bedürftige 5 € zahlbar vor Ort

S PRECHSTUNDEN

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de.

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 13. August 2010, von 15.00 bis 17.00 Uhr.

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884. Nächster Termin: Freitag, 16. Juli 2010, von 15.00 bis 18.00 Uhr.

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de. Sprechstunde in Treptow-Köpenick am 13. Juli von 17 bis 18.15 Uhr im SPD-Büro in der Grünauer Str. 8 (Hinterhaus), 12557 Berlin statt. Es wird um vorherige telefonische Anmeldung gebeten, Tel.: 65496204.

T RAUER

Wir trauern um: **Dieter Schulz**, geb. 21.2.1941, gest. 5.6.2010, Abt. 08/01, Mitgl. s. 1.10.1986; **Waldemar Weidmann**, geb. 27.4.1936, gest. 20.5.2010, Abt. 04/72, Mitgl.s. 1.1.1966; **Hans Hill**, geb. 9.5.1930, gest. 23.4.2010, Abt. Spandau/09, Mitgl.s. 1.7.1946; **Gerhard Fritzsche**, geb. 28.3.1921, gest. 21.6.2010, Abt. 08/10, Mitgl. s. 1.1.1966; **Werner Carus**, geb. 14.1.1923, gest. 13.6.2010, Abt. 08/01; Mitgl. s. 1.9.1985; **Klaus Hubl**, geb. 22.1.1944, gest. 22.6.2010, Abt. 06/09, Mitgl. s. 1.10.1978;

T ERMINEN

■ AG Migration Steglitz-Zehlendorf, **„Begegnung in Stettin“** - ganztägige Exkursion zu unseren polnischen Nachbarn. Treffen mit Vertretern der polnischen Sozialdemokraten, Besuch des Stadtmuseums, Hafenerundfahrt etc. Kosten: etwa 35,00 Euro, Sonnabend, 3. Juli, um 7.30 Uhr, Treffpunkt: Bahnhof Friedrichstraße, Schalterhalle weitere Informationen über: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

■ ASJ, Familien, **Kinder und der Sozialstaat - was können, was müssen wir uns leisten?** Auf dem Podium Jens Bullerjahn, stellv. Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt; Claudia Zinke; Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie des

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Entschiedener Demokrat

Ausstellung mit Zeichnungen und Tagebuch-Notizen von Erich Kuby

Er galt als linkes Gewissen der Nation: Erich Kuby, Journalist und Publizist, der am 28. Juni 2010 100 Jahre alt geworden wäre. Unideologisch bezog er Stellung - als scharfer Gesellschaftskritiker und entschiedener Demokrat. Am 8. Juli wird im Willy-Brandt-Haus eine Ausstellung eröffnet, die Kuby von einer weniger bekannten Seite zeigt: Zu sehen sind Zeichnungen, Aquarelle und Tagebuch-Notizen.

Erich Kuby, am 10. September 2005 in Venedig im Alter von 95 Jahren verstorben, prägte mit seinen Stationen bei der Nachkriegszeitung „Ruf“, bei der „Süddeutschen Zeitung“, bei „Welt“, „Spiegel“, „Stern“ und „Freitag“ den bundesdeutschen Journalismus. In Erlangen und Hamburg hatte er Volkswirtschaft studiert, 1933 schloss er das Studium ab. Kritisch gegenüber dem Vater, der in einer bayerischen Kreisstadt eine paramilitärische „Einwohnerwehr“ aufbaute, folgte er 1933 kurzzeitig einer jüdischen Freundin ins Exil, kehrte dann aber zurück, wurde im 2. Weltkrieg eingezogen und kam an die Ostfront. Erich Kubys Kriegserfahrungen als einfacher Soldat haben das Verhältnis zu seinem „ärgerlichen Vaterland“ entscheidend bestimmt. Er dokumentiert diese später in seinem Buch „Mein Krieg“ (1975/2010).

Er setzte sich mit einzelnen Kriegsergebnissen („Nur noch rauchende Trümmer. Das Ende der Festung Brest. Tagebuch des Soldaten Erich Kuby, 1959) auseinander, er beschrieb die Folgen („Das ist des Deutschen Vaterland - 70 Millionen in zwei Wartesälen“, 1957). In den fünfziger Jahren stellte er die Doppelmoral der Wirtschaftswunderzeit u.a. durch seine Mitarbeit am Drehbuch für den Film „Das Mädchen Rosemarie“ dar.

Bis zum 5. September 2010 präsentieren der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus und die Friedrich-Ebert-Stiftung die Ausstel-



Erich Kuby.

Foto: wikipedia

lung „Erich Kuby zum 100. Aufzeichnungen. 1939-1945“. Der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. zeigt eine Auswahl seiner bisher unbekanntenen Zeichnungen und Aquarelle aus den Kriegsjahren, kombiniert mit Tagebuch-Notizen, die der genaue Beobachter während der gesamten Kriegszeit machte, um geistig zu überleben. Sie erzählen vom Kriegsalltag und mit erstaunlicher Offenheit von Kubys Einschätzungen der politischen Entwicklung. So entsteht ein lebendiger Dialog zwischen Text und Bild. Seine Zeichnungen geben dem Erlebten ein Bild, in dem das Grauen des Krieges - zumindest auf den ersten Blick - zu fehlen scheint, aber sein Grauen vor dem kollektiven Wahnsinn zum Ausdruck kommt. Schon hier erscheint Kubys zentrales Thema: der Mangel an politischer Vernunft in Deutschland. **BS** □

➡ Eröffnung Donnerstag, 8. Juli, 19 Uhr, mit Klaus Wettig (Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.), Andrea Nahles (Generalsekretärin der SPD), Dr. Susanna Böhme-Kuby, Mitkuratorin der Ausstellung und Witwe von Erich Kuby. Ausstellung: 9. 7. bis 5. 9. 2010, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, gültiger Personalausweis erforderlich.

KULTURTIPPS

Neuköllner Oper. Von Sommerpause ist an der Karl-Marx-Straße nicht viel zu spüren: Im Juli läuft in einer Wiederaufnahme „Peer lügt“. Peer hetzt durchs Leben. Immer auf der Suche nach dem Besonderen, Einmaligen, dem Kick. Bald ist er in Afrika, der Karibik, in Hollywood. Sex, Geld und ein Oscar sind kein Problem.. bis er all das verlässt, um zurückzukehren - zu seiner Freundin Solveig. Oder „zu sich selbst“? „Peer lügt!“ ist die Oper über eine Suche, die uns nie verlässt, in keinem Lebensabschnitt, versprechen die Opernmacher. Es ist ein Stück für junge und nicht mehr ganz junge Traveller. In Anspielung auf Ibsens großes Drama und die Musik von Edvard Grieg sind viele der bekannten Themen variiert und in ein Universum der Electronica eingewoben. Die nächste Uraufführung ist am 26. August mit „Brachland“. **BS** □

➡ Karl-Marx-Str. 131-133, 12043 Berlin. Spieltermine: 1./2., 4., 7./8., 10., 14. bis 18. und 21. bis 23. Juli 20 Uhr, Karten: 9,- bis 18,- Euro; Vorbestellung unter 030 / 68 89 07 77, tickets@neukoellneroper.de

Garn-Theater. Adolfo Assor, Film- und Theaterschauspieler, führt das Garn-Theater Berlin in Eigenregie als Regisseur, Schauspieler und Techniker. Die Spielstätte in Kreuzberg ist für Theaterbegeisterte eine Entdeckung. Kritiker sind angetan vom Schauspieler wie auch von der „theatralischen Unterwelt“. „Aufzeichnungen aus der Unruhe“ nach Fernando Pessoa sind am Sonntag, 4. Juli sowie an den Montagen 05., 12. und 19. Juli bei Assor zu sehen. „Schiffbrüchige im Vergnügungspark“ nach Jorge Díaz stehen vom 8. bis 11. Juli sowie anschließend jeweils mittwochs bis sonntags auf dem Spielplan. **BS** □

➡ Garn Theater, Katzbachstr.19, 10965 Berlin. Beginn jeweils 20.30 Uhr. Eintrittspreise: 11 Euro, ermäßigt 9 Euro. Reservierungen bitte nur per Telefon/Telefax: 030 / 7895-1346